

Armee im Einsatz,  
Gesellschaft im Frieden:  
ein Missverhältnis?

# Dokumentation

## 14. Internationaler Sicherheitspolitischer Kongress

30. November und 1. Dezember 2007  
Best Western Queens Hotel Karlsruhe

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V.  
Landesgruppe Baden-Württemberg



Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e. V.  
Landesbereich Baden-Württemberg



# Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis, Anmerkungen zur Bearbeitung, Bildnachweis .....	2
Grußwort des Schirmherrn Ministerpräsident Günther H. Oettinger, MdL .....	3
Programm .....	4
Begrüßungsrede des Landesvorsitzenden Michael Sihler .....	5
Andreas Erlecke: Grußwort .....	6
Wolfgang Kopp: Einführung in die Tagung .....	7
Klaus Olshausen: NATO und EU im 21. Jahrhundert – Krisenbewältigung: Fortsetzung der Politik unter Einmischung militärischer Mittel und der Zwang zur Zusammenarbeit .....	9
Ulrich Kirsch: Einsatz für den Frieden aus der Sicht der Soldatinnen und Soldaten – Ausgewählte Ergebnisse der Mitgliederbefragung des Dt. Bundeswehrverbandes .....	13
Jan Oerding: Bundeswehr im Friedenseinsatz .....	17
Klaus-Dieter Frankenberger : Wo verteidigen wir unsere Sicherheit? Zur Problematik militärischer Interventionen .....	25
Pressespiegel .....	29
Teilnehmerliste .....	31

Fotografien von den Vortragenden – vom Vortrag selbst – finden sich jeweils am Anfang der hier zusammengestellten Texte. Weitere Fotografien von der Veranstaltung sind auf den Seiten 24, 28 und 34 wiedergegeben. Durch die Presse verbreitete Bilder finden sich auf den Seiten 29 und 30.

---

## Anmerkungen zur Bearbeitung

Von den Referenten erhielten wir die Redemanuskripte oder die Texte unspezifisch formatiert als Computerdateien. Typografie und Layout wurden vereinheitlicht. Fotos und Grafiken aus den Präsentationen zu einzelnen Vorträgen konnten und brauchten nur teilweise übernommen werden. Inhaltliche Veränderungen wurden nicht durchgeführt.

Johann Michael Bruhn, Dipl.-Päd.

## Bildnachweis:

Bundeswehr (Bilder zum Vortrag Generalleutnant Jan Oerding),  
Staatsministerium Pressestelle der Landesregierung Baden-Württemberg (Grußwort),  
Johann Michael Bruhn und Thorsten Widmer

Redaktion und Layout:  
Johann Michael Bruhn, Dipl.-Päd.  
Lembergerweg 23  
74392 Freudental  
Hauptfeldwebel@jmbruhn.de

Druck:  
Mauser + Tröster GbR Offsetdruckerei, Mössingen

# Grußwort des Schirmherrn Ministerpräsident Günther H. Oettinger



Zum 14. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress in Karlsruhe begrüße ich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehr herzlich. Als weiterhin sichtbares Zeichen meiner Verbundenheit und Wertschätzung für die Bundeswehr und ihre Reservisten habe ich gerne die Schirmherrschaft für den 14. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress übernommen. Auch dieses Jahr ist es der Landesgruppe Baden-Württemberg im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. gelungen, gemeinsam mit der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik ein facettenreiches und anspruchsvolles Programm zu organisieren.

Der Kongress steht unter dem Thema "Armee im Einsatz - Gesellschaft im Frieden, ein Missverhältnis?". Ich freue mich, dass der Kongress mit diesem Thema einen Beitrag zu der gesellschaftlich notwendigen Debatte leistet, wie Deutschland seine Sicherheit in Frieden und Freiheit auch unter den heutigen Bedingungen gewährleisten kann. Seit ihrer Gründung hat die Bundeswehr dazu beigetragen, unserem Land den Frieden zu sichern. In der Zeit des Kalten Krieges, als es in erster Linie um die Landesverteidigung und die Sicherung des freien Westens gegen die Bedrohung durch Sowjetunion und Warschauer Pakt ging, ebenso wie heute, wo es um friedenssichernde Stabilisierungseinsätze in den Krisenregionen der Welt geht.

Durch die Eindämmung des weltweiten Terrorpotenzials profitieren die Menschen in Deutschland vom Einsatz unserer Armee im Ausland. Gleichmaßen hilft der Armeeeinsatz aber auch den dort lebenden Menschen auf ihrem Weg zu demokratischen und rechtsstaatlichen Staats- und Gesellschaftsformen.

Wie gefährlich die Auslandseinsätze sein können, zeigt die anhaltend schwierige Sicherheitslage in Afghanistan. Gleichwohl meistern unsere Soldatinnen und Soldaten die an sie gestellten Herausforderungen professionell, mit hoher Motivation und in menschlicher Art und Weise. Dafür verdienen sie unseren aufrichtigen Dank und unsere höchste Anerkennung.

Der Reservistenverband und die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e. V. unterstützen die Bundeswehr mit ihrer sicherheitspolitischen Arbeit, und tragen mit ihren vielfältigen Aktivitäten dazu bei, die Bundeswehr in unserer Gesellschaft fest zu verankern. Ich wünsche dem 14. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress einen guten Verlauf sowie allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aufschlussreiche und interessante Gespräche.

A handwritten signature in black ink, which appears to read "Günther Oettinger". The signature is stylized and written in a cursive script.

## Programm

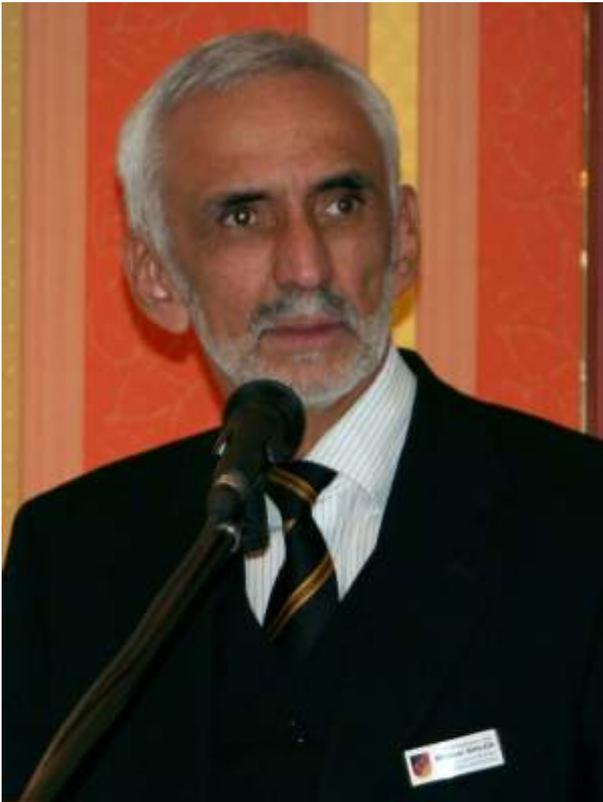
### Freitag, 30. November 2007

- 18:00 Uhr Begrüßung  
17:30 Uhr Eintreffen der Teilnehmer
- 18:00 Uhr Begrüßung  
Landesvorsitzender VdRBw Baden-Württemberg Oberstleutnant d.R. Michael Sihler  
  
Grußwort
- 18:15 Uhr Einführung in die Tagung  
Landesvorsitzender GfW Baden-Württemberg Brigadegeneral a.D. Wolfgang Kopp
- 18:30 Uhr Vortrag und Diskussion:  
Präsident der Clausewitz-Gesellschaft Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen:  
"NATO und EU im 21. Jahrhundert – Krisenbewältigung:  
Fortsetzung des politischen Verkehrs unter Einmischung (militärischer) Mittel"
- 20:15 Uhr Abendessen

### Samstag, 01. Dezember 2007

- 08:30 Uhr Regelung von Verwaltungsangelegenheiten
- 09:00 Uhr Vortrag und Diskussion:  
Stellvertretender Bundesvorsitzender DBwV Oberstleutnant Ulrich Kirsch:  
"Einsatz für den Frieden aus der Sicht der Soldatinnen und Soldaten –  
Ausgewählte Ergebnisse der Mitgliederbefragung  
des Deutschen Bundeswehrverbandes"
- 10:15 Uhr Kaffeepause
- 10:45 Uhr Vortrag und Diskussion  
Befehlshaber Kommando Operative Führung Eingreifkräfte  
Generalleutnant Jan Oerding:  
"Bundeswehr im Friedenseinsatz"
- 12:00 Uhr Gemeinsames Mittagessen
- 13:30 Uhr Vortrag und Diskussion:  
Redakteur für Politik Klaus-Dieter Frankenberger Frankfurter Allgemeine Zeitung:  
"Wo verteidigen wir unsere Sicherheit? Zur Problematik militärischer Interventionen"
- 14:45 Uhr Zusammenfassung  
Landesvorsitzender GfW Baden-Württemberg Brigadegeneral a.D. Wolfgang Kopp
- 15:00 Uhr Verabschiedung  
Landesvorsitzender VdRBw Baden-Württemberg Oberstleutnant d.R. Michael Sihler

# Begrüßungsrede des Landesvorsitzenden Michael Sihler



Meine Herren Generale, sehr geehrte Gäste aus dem Ausland und aus dem Inland, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kameraden, zum 14. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress des Reservistenverbandes und der GfW begrüße ich Sie hiermit sehr herzlich. Ihre zahlreiche Anwesenheit beweist wiederum Ihr Interesse an dem diesjährigen Thema und an den hochkarätigen Vortragenden, die wir in diesem Jahr gewinnen konnten.

Gestatten Sie mir von den vielen hochrangigen Gästen einige stellvertretend zu begrüßen.

Ich begrüße sehr herzlich

## 1. aus dem Bereich der Bundeswehr

- den Präsidenten der Clausewitzgesellschaft Herrn Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen,
- den stellvertretenden Bundesvorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes Herrn Oberstleutnant Ulrich Kirsch
- vom Kreiswehersatzamt Karlsruhe Frau Leitende Regierungsdirektorin Sylvia Jahnz,
- vom Kreiswehersatzamt Ravensburg Herrn Regierungsdirektor Matthias Griebler.

## 2. Von den Verbänden

begrüße ich den neuen Landesvorsitzenden der GfW Herrn Brigadegeneral a.D. Wolfgang Kopp und seine zahlreich erschienenen Sektionsleiter,

vom Deutschen Bundeswehrverband begrüße ich den Landesvorsitzenden Herrn StFw Gerhard Stärk,

vom Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. den Ehrenlandesvorsitzenden Herrn Präsident a.D. Norbert Schelleis und den Landesgeschäftsführer Herrn Dr. Martin Lunitz sowie den Beauftragten für Reservisten beim Volksbund Herrn OSTFw d.R. Georg Arnold.

3. Auch ausländische Gäste sind zahlreich erschienen, von diesen begrüße ich ganz besonders

- Frankreich

Herrn Colonel(R) Jean-Francois Peltier und Herrn Major Thierry Klein,

- aus Österreich vom Militärkommando Vorarlberg Herrn Oberstleutnant Professor Erwin Ritter von Fitz,

- aus der Schweiz

Herrn Oberst im Generalstab Peter Marcandella und Herrn Oberst im Generalstab Martin Vögeli.

## 4. Vom Reservistenverband

- den Vizepräsidenten Herrn Oberstlt d.R. Burkhard Ehrlich und den Ehrenlandesvorsitzenden Herrn Oberst d.R. Dr. Roland Idler,

- aus Bayern den Stellvertretenden Landesvorsitzenden Herrn Oberstleutnant d.R. Dr. Eberhard Grein.

Erst jetzt begrüße ich Herrn Stadtrat Andreas Erlecke, um ihn gleich ans Rednerpult zu bitten für das Grußwort der Stadt Karlsruhe in Vertretung von Oberbürgermeister Heinz Fenrich.

Seien Sie alle ganz herzlich begrüßt. Einige Gäste werde ich erst morgen begrüßen können.

(Beifall)

---

Oberstleutnant d.R. Michael Sihler ist Rechtsanwalt in Tauberbischofsheim und seit 2005 Landesvorsitzender der Landesgruppe Baden-Württemberg im Reservistenverband. Nach Abitur und Wehrdienst studierte Sihler Rechtswissenschaften in Kiel und Tübingen. Das Referendariat leistete er in Stuttgart ab, war ab 1977 Rechtsanwalt in Bad Mergentheim und seit 1985 in Tauberbischofsheim. 1980 trat Sihler in den Reservistenverband ein, wurde 1982 Schriftführer und Pressereferent der RK Bad Mergentheim, dann in den gleichen Ämtern in der Kreisgruppe Franken und sodann in der Bezirksgruppe Stuttgart. Bevor er 1995 zum Landesschriftführer gewählt wurde, war er drei Jahre lang Mitglied des Schiedsgerichts der Landesgruppe Baden-Württemberg. 1998 wählte ihn die Landesdelegiertenversammlung zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der Landesgruppe Baden-Württemberg, wählte ihn 2001 wieder und 2004 folgte er Burkhard Ehrlich im Amt des ersten stellvertretenden Landesvorsitzenden.

## Andreas Erlecke Grüßwort



Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrter Herr Sihler, sehr geehrter Herr Kopp,  
herzlich willkommen in Karlsruhe. Im Namen des Oberbürgermeisters Heinz Fenrich und des Gemeinderates der Stadt Karlsruhe heiße ich sie herzlich willkommen. Wir freuen uns, dass sie ihre Tagung zum wiederholten Mal in Karlsruhe abhalten und auch darüber, dass sie auch in Zukunft in unserer schönen Stadt tagen wollen.

Erlauben Sie mir, wie besprochen einige Anmerkungen zu dem Thema ihrer Tagung: Armee in Einsatz – Gesellschaft im Frieden, ein Missverhältnis?

Als ich 1978 zur Bundeswehr einberufen wurde, war es für mich eine Selbstverständlichkeit meinen Beitrag zum Erhalt des Friedens in Freiheit als Soldat in der Bundeswehr zu leisten. Heute wissen wir: Die Bundeswehr hat geholfen diesem Staat seine Existenz und uns ein Leben in Frieden und Freiheit zu garantieren. Ohne die Verteidigungsbereitschaft des westlichen Bündnisses hätte es auch kein Ende des kalten Krieges durch eine Wiedervereinigung Deutschlands und Europas in Freiheit gegeben.

So gesehen war die Armee auch in den Jahren vor 1989 im Einsatz und in der Gesellschaft wurde oft heftig um den Auftrag der Bundeswehr gestritten. Ich erinnere an die Debatte um die NATO-Nachrüstung, in der es um die Substanz der wehrhaften Demokratie ging.

Damals wurde von vielen die Legitimität der Friedenssicherung mit Waffen in Frage gestellt. Die gesellschaftliche Debatte ging quer durch die Bevölkerung. Hunderttausende demonstrierten gegen den NATO-Doppelbeschluss und die deutsche Sicherheitspolitik. Wir können

heute dankbar sein, dass die Position, die unter Bundeskanzler Helmut Schmidt formuliert, von Bundeskanzler Helmut Kohl politisch durchgesetzt wurde.

Dies zeigte dem Warschauer Pakt die Entschlossenheit und den Zusammenhalt der NATO, bedeutete das Ende des Wettrüstens, ermöglichte die Perestroika und führte letztlich zum Zusammenbruch des kommunistischen Regimes in Mittel- und Osteuropa.

In den neunziger Jahren mussten wir aber auch lernen, dass unsere Welt nach Beendigung des Ost-West-Konfliktes nicht friedlicher wurde.

Wir haben erkannt, dass Veränderungen in der welt-politischen Situation ihre massiven Auswirkungen auf die Sicherheit haben und einen grundlegenden Wandel in der Sicherheitspolitik bedingen.

Der 11. September 2001 ist die Zäsur für die sicherheits-politische Wahrnehmung. Seitdem können wir in den meisten westlichen Staaten eine Veränderung des Sicherheitsverständnisses beobachten: Wir wissen, dass heute die Bedrohungslage eine grundlegend andere ist.

Stichworte sind: die Globalisierung, der globale Strukturwandel und die damit verbundene Migrationsproblematik, die Entstaatlichung der Gewalt durch nichtstaatliche Akteure vor allem durch den gewalttätigen islamistischen Terror. Dies verlangt von uns allen – Staat, Bundeswehr und Gesellschaft – neue Antworten: Die klassische Form der äußeren Sicherheit muss mit der inneren Sicherheit vernetzt werden.

Eine neue Sicherheitspolitik kann nur in der Summe von Maßnahmen in verschiedensten Politikbereichen erfolgreich sein:

- Schutz des Staats-/Bündnisgebietes, der Bevölkerung,
- Wahrung der freiheitlich demokratischen Grundordnung und unserer kulturellen Werte,
- die Erhaltung einer stabilen und gerechten Gesellschafts- und Sozialordnung,
- die Förderung und Bewahrung unserer wirtschaftlichen Stabilität und Interessen.

In Folge von Globalisierung und Migration werden unsere Gesellschaften heterogener und unterschiedliche Weltanschauungen treffen direkt aufeinander.

Wir brauchen eine Sicherheitskultur, die sich dem Geist unseres Grundgesetzes verpflichtet weiß, die sensibel und immun ist gegenüber totalitären Ideologien oder religiös verbrämten Herrschaftsansprüchen.

Hier ist die Gesellschaft als Ganzes gefordert. Hier entscheiden sich auch viele Fragen in der Kommunalpolitik vor Ort. In der Kommune bauen wir das Haus, in dem wir in einer globalisierten Welt miteinander leben.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir abschließend der Bundeswehr und damit auch Ihnen zu gratulieren. Im Vorfeld des heutigen Tages habe ich eine Studie des sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr gelesen. Danach erfreut sich die Bundeswehr einer grundsätzlich positiven Haltung innerhalb der deutschen Bevölkerung. Auf die Frage, ob die Bundeswehr ihre Aufgaben erfüllt, antworteten 29% mit sehr gut und 50% mit eher gut. 29% vertrauen der Bundeswehr voll und

ganz und 50 % vertrauen ihr. Zu diesen Werten kann man nur gratulieren.

Nachdenklich stimmt mich aber, wenn auf die Frage ob eine Armee ein normaler Bestandteil der Gesellschaft sei, dies von 82% der Bürger der USA, 68% der Briten und 62% der Franzosen so gesehen wird, aber in Deutschland nur 58% der Bevölkerung dieser Normalität zustimmen.

Mit Blick auf das Thema Ihrer Tagung möchte ich abschließend feststellen: die Bundeswehr ist heute unver-

zichtbarer denn je. Die Bundeswehr kann ihre Aufgaben aber nur dann erfüllen, wenn die Gesellschaft sie trägt. Die Bundeswehr braucht den Rückhalt in der Gesellschaft und unser aller Unterstützung.

Ihrer Tagung wünsche ich einen guten Verlauf.

Herzlichen Dank und auf eine Wiedersehen in Karlsruhe.

## Wolfgang Kopp Einführung in die Tagung



Meine Damen und Herren,

zuerst auch von meiner Seite im Namen der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik ein herzliches Willkommen zu unserem gemeinsamen Kongress der unter dem Thema steht "Armee im Einsatz - Gesellschaft im Frieden, ein Missverhältnis?"

Warum dieses Thema?

Wir erinnern uns an die wiederholten Forderungen des Bundespräsidenten bei der 40. Kommandeurtagung der Bundeswehr und beim 50. Jubiläum der Führungsakademie und der Bundeskanzlerin im Vorwort zum Weißbuch zu einer verstärkten sicherheitspolitischen Diskussion.

Sehen wir uns in der bundesdeutschen Gesellschaft um, so sehen wir dieses Feld weitgehend leer. Lediglich in Zeiten, in denen es um die Verlängerung der Mandate geht, gibt es zarte Flämmchen der Diskussion, die jedoch wieder rasch verlöschen.

Wo steht also die Gesellschaft heute?

Bestimmt politische Strategie die Einsätze?

Gibt es politisch gesetzte Meilensteine, Benchmarks, Zwischenziele oder wie immer man das deutsch oder neuhochdeutsch bezeichnen will?

Gibt es ein definiertes Ziel über die Zeitachse und damit für die Dauer der Einsätze?

Verteidigung am Hindukus? Was soll das?

Was weiß man über Einsätze tatsächlich?

Will man überhaupt etwas wissen?

Sind das im Einsatz tatsächlich "unsere Soldaten"?

Wie ist das Verhältnis der (Spaß-)Gesellschaft zu Kampfeinsätzen?

Melden wir uns ab, wenn es robuster wird?

Ist der Politik, der Öffentlichkeit, den Medien bewusst, dass Kosovo oder Bosnien und Herzegowina nur das untere Ende möglicher Einsatzspektren sind und selbst Afghanistan noch nicht die mögliche Spitze einer Eskalationsskala nach dem Petersberger Abkommen?

Noch immer scheint die Gesellschaft im Zeitalter der Friedensdividende zu leben.

Im Inneren sind wir vor allem rechtlich und administrativ auf dem Stand des Kalten Krieges, also Ende der 80er Jahre, stehen geblieben.

Vor allem was den Einsatz von Soldaten über Hilfeleistungen in Notfällen hinaus angeht, bedarf es noch immer im Prinzip der Erklärung des Spannungs- oder Verteidigungsfalls.

Was das know-how der zivil-militärischen Zusammenarbeit betrifft, so erinnern sich nur noch wenige an WINTEX-CIMEX, an eine Übung, in der Verfahren eingeübt wurden. Auf ziviler Seite bedarf es häufig erst gar nicht einer echten Katastrophe, sie wird durch die Katastrophenübung ersetzt.

Katastrophen- und Zivilschutz wurden in der Vergangenheit als Kriegsvorbereitung diskreditiert und im Rahmen der Auszahlung der Friedensdividende abgebaut.

---

Brigadegeneral a.D. Wolfgang Kopp ist Landesvorsitzender der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V. in Baden-Württemberg. Zuvor war er bis 31.10.2006 Stellvertretender Divisionskommandeur der 10. Panzerdivision in Sigmaringen.

Er trat 1965 in die Bundeswehr ein. Nach Ausbildung und Verwendungen als Offizier in der Panzertruppe war er im Generalstabsdienst und im Bundesministerium der Verteidigung tätig. Kopp sammelte multinationale Erfahrungen von 1988 bis 1991 als erster Chef des Stabes bei der Aufstellung der Deutsch-Französische Brigade und war 1996 bis 1999 Stellvertretender Chef des Stabes im EUROKORPS. Einsatzerfahrung erlangte er als Chef des Stabes der Multinationalen Division Süd-Ost in Mostar, Bosnien und Herzegowina von November 1999 bis August 2000 und wieder von August 2004 bis August 2005 als Stellvertretender Befehlshaber der KFOR in Pristina, Kosovo.

Wird in der Inneren Sicherheit trotzdem von Bedrohung gesprochen und eine Reform gefordert, neigt die Gesellschaft dazu, den Überbringer dieser schlechten Nachricht rasch öffentlich hinzurichten und den Gutmenschen zuzusprechen, denen solche Bedrohungen fremd sind. Allerdings müssen sich auch die Überbringer der Botschaft gelegentlich fragen lassen, ob Art und Inhalt der Botschaften richtig gewählt sind.

Auch in der Außenpolitik scheint der strategische Zusammenhang aller politischen Felder für eine sinnvolle Sicherheitspolitik zwar endlich erkannt zu sein, – Vernetzung ist das moderne Wort dafür – aber der Gebrauch von Streitkräften zum Zweck der Politik – um es an Clausewitz angelehnt zu sagen – ist offenbar noch nicht voll und ganz verstanden.

Gerne schickt man diese Streitkräfte relativ rasch als Politikersatz ins Ausland.

Die Bundeswehr erfreut sich ihres Ansehens als sofort verfügbares, da nicht auf Freiwilligkeit angewiesenes, bewaffnetes THW, das Brunnen bohrt, Omas über die Straße führt und Gummibärchen verteilt. Dies findet hohe Zustimmung bei den Gutmenschen in Deutschland, die glauben, fern aller Bedrohung zu leben und denen die Anwendung militärischer Gewalt vor dem Hintergrund der Geschichte fremd ist.

Aber nach allgemeinem Verständnis sind Streitkräfte doch erst das letzte Mittel im Werkzeugkasten der Politik, wenn es um die Durchsetzung des politischen Willens geht. Sie sollen ihn, wenn erforderlich, letztlich mit Gewalt durchsetzen und das Mittel der Gewalt ist in letzter Konsequenz der Kampf zur Wiederherstellung des Friedens.

Der Begriff Kampf aber scheint Politik und Öffentlichkeit in Schreckstarre zu versetzen, wie alles, was begrifflich damit zusammenhängt. Soldaten fallen nicht und werden nicht verwundet, sie werden getötet oder verletzt. Das macht ihr Schicksal nicht besser, hört sich aber nicht ganz so krass an.

Man geht gerne zur Tagesordnung über und schaltet unbequeme Nachrichten ab. Die Diskussion über die Verwendung der Streitkräfte ist überfällig, kommt aber nicht vom Fleck, da sie von ideologischen Zäunen umstellt ist.

Die politische Diskussion in Deutschland – so sie denn stattfindet – blendet den Gebrauch der Streitkräfte zum Zwecke des Krieges, also den Gebrauch am oberen Ende der Eskalationsskala, oder wenn man will, den hardcore-Anteil des Petersberg-Spektrums, aus. Er findet nicht statt.

Daran hat die Politik selbst einen großen Anteil. Es fehlt offenbar der Wille zu dieser Diskussion, weil damit Wahlen nicht gewonnen werden.

Wo aber dieser Wille fehlt, fragen sich die jungen Staatsbürger schon, wozu sie die Uniform anziehen sollen, und diejenigen, die sie anziehen und eine harte und fordernde Ausbildung durchlaufen, die immer die Fähigkeit zum Kampf als Ziel hat, fragen sich wofür.

Antworten auf solche Fragen werden von militärischen Vorgesetzten gegeben, sie finden diese Antworten auch. Der Soldat findet sie aber außerhalb der Armee in der Gesellschaft nicht. Er wird nicht nur allein gelassen, er sieht sich auch mit Umfragen konfrontiert, die, je robuster Einsätze ausfallen, umso negativer werden.

Und er muss noch immer gewärtig sein, dass er von dieser Gesellschaft ungestraft als Mörder pauschal verunglimpft werden kann.

Kommen wir zurück auf das rechtlich administrative Feld. Auch hier stiehlt sich die Politik in gewisser Weise aus

der Verantwortung für Einsätze. Schauen Sie auf die grauenhafte Debatte um den Abschuss von Flugzeugen.

Schauen Sie auf die Auflagen für Einsätze und besonders auf die Auflagen für den Einsatz der Waffen.

Auflagen, die im Inland nützlich sein mögen, werden eins zu eins ins Ausland übertragen, weil es angeblich unser Verständnis von Rechtsstaatlichkeit so verlangt.

Wir trennen Müll, der anschließend wieder in einer gemeinsamen Deponie endet, wir legen Fahrzeuge still, weil die ASU abgelaufen ist, wir schreiben Nutzungsordnungen, wenn wir Steinbrüche als Schießstand nutzen. O.K., wenn es denn sein muss. Eigenartig wird es aber spätestens beim Gebrauch der Schusswaffe. Hier wird der einzelne Soldat bewusst(?) – allein gelassen. Die Verantwortung wird von oben her nicht wahrgenommen. Freundlicherweise erhält er eine Taschenkarte, die er aber mit einer anderen Taschenkarte quer vergleichen muss, wenn er sich entschließt, andere Mittel einzusetzen.

Schießt und trifft er dann auch noch, greift die Einzelfallprüfung durch Rechtsexperten, die irgendwann nach Wochen darüber urteilen, ob der Soldat innerhalb weniger Sekunden richtig gehandelt hat.

Abhilfe ist nicht in Sicht, dazu scheint die Position vor allem derer, die sich Einsätzen nicht stellen müssen, zu stark zu sein.

Aber auch die politische Ausgestaltung der Einsätze ist bis heute keine Erfolgsgeschichte, weder in Bosnien, noch im Kosovo, und auch nicht in Afghanistan. Der Wiederaufbau wird nicht energisch genug voran getrieben, Geldflüsse werden nicht eng kontrolliert. Ich kenne das aus dem Kosovo, wo die Bevölkerung bis heute darauf wartet, regelmäßig Strom und Wasser zu beziehen. Dorthin hat Deutschland einen seiner Diplomaten in eine zentrale und hochdotierte Position entsandt, der über Jahre nichts zustande gebracht hat, obwohl die wirtschaftliche Entwicklung genau seine Aufgabe gewesen wäre und ich meine nicht den mir gut bekannten derzeitigen Sonderbotschafter des Generalsekretärs der UNO.

Oder sehen wir auf Umfragen. Unter 30 Prozent tragen den Einsatz in Afghanistan noch mit. Wo in der Politik wird das sonst als Rückhalt verstanden. Wo bleibt der Gang der Politik in die Öffentlichkeit und das nachhaltige Werben um Zustimmung?

Armee im Einsatz – allein gelassen?

Gesellschaft im Frieden – mit sich selbst und ihrem Wohlergehen beschäftigt?

Passt das noch zusammen?

Was können wir, die wir heute hier sind, als Multiplikatoren beitragen, damit es voran geht in der Diskussion auch im Interesse unserer Soldaten?

Das ist das Spannungsfeld des Kongresses!

Und jetzt habe ich die Freude, den ersten Referenten zu begrüßen.

# Klaus Olshausen

## NATO und EU im 21. Jahrhundert

Krisenbewältigung: Fortsetzung der Politik unter Einmischung militärischer Mittel  
und der Zwang zur Zusammenarbeit



Anrede

### Ausgangslage

Wenn die NATO mit dem vorwurfsvollen Hinweis kritisiert wird, dass die Lage in Afghanistan nicht nur militärisch gelöst werden kann; wenn die NATO feststellt, dass es ein Scheitern in Afghanistan um unserer langfristigen Sicherheit willen nicht geben darf; wenn in Afghanistan die Allianz und die EU oft parallel nachhaltig tätig sind und wenn es vielfältige Deklarationen für strategische Partnerschaft beider Organisationen gibt, dann stellt sich die Frage in großer Deutlichkeit: Warum gibt es (noch) kein engeres Zusammenwirken in diesem regionalen Kriseneinsatz auf der Ebene des NATO-Hauptquartier und der EU-Zentrale in Brüssel.

Die Notwendigkeit für ein strategisches Dreieck von Allianz – EU – USA (Nordamerika) ist zunehmend offensichtlich. Andererseits bleibt jede weiterführende Erörterung über die Ausweitung sinnvoller Zusammenarbeit der Gremien beider Organisationen durch die ungelöste Zypernfrage zur Zeit versperrt. Die drängenden Krisenlagen,

sei es auf dem Balkan, im Nahen Osten oder in Darfur – um nur einige Beispiele zu nennen – erlauben es den Mitgliedstaaten auf Dauer nicht, dies – wenn zum Teil auch klagend – in Kauf zu nehmen.

Auf einem Symposium am NATO Defence College war das bereits vor einem Jahr in unterschiedlichen Facetten erörtert worden, zehn Jahre nach Abschluss der "Berlin Plus"-Vereinbarungen zwischen der NATO und der WEU im Jahr 1996. Die diskutierten Themenkomplexe bleiben als Herausforderung für die erfolgreiche Krisenbewältigung auf der Tagesordnung.

Fragen nach unnötiger oder unvermeidbarer Duplizierung, nach möglicher Arbeitsteilung und sinnvollen Synergien, nach strukturierter, vereinbarter Kooperation, nach Initiativen für sicherheitspolitische wie wehrtechnische Zusammenarbeit sind weiter aktuell. Und auf die Frage, ob die Staaten sich von der viel zitierten Fähigkeitslücke ("capability gap") auch politisch auseinander strebend ("political gap") bewegt haben oder bewegen könnten, gibt es unterschiedliche, vielstimmige Aussagen.

### Fähigkeiten für die Krisenbewältigung

Zwei Themenkomplexe lassen zentrale Punkte deutlich hervortreten: Zunächst – unter dem Stichwort der Fähigkeiten – wie beide Organisationen ihre Planung, Entwicklung und Beschaffung künftiger Fähigkeiten zur Krisenbewältigung und gemeinsamen Verteidigung sowie die dafür vorrangig erforderlichen politischen Ziele, Konzepte und Doktrinen wirkungsvoller gemeinsam gestalten können.

Danach unter dem Stichwort Krisenmanagement und militärische Einsätze, wie ein frühzeitiges Zusammenspiel schon in der Krisenprävention und bei der Frühwarnung sowie eine gezielte Kooperation von EU und NATO unter Nutzung ihrer jeweiligen Stärken für die Krisenbewältigung mit allen nicht-militärischen und militärischen Mitteln sowohl der Organisationen selbst als insbesondere aller Mitgliedstaaten praktisch vorangebracht werden kann.

### Unterschiede als Grund für Distanz?

Unbestreitbar sind die inhaltlichen, (völker)rechtlichen und strukturellen Unterschiede zwischen der Nordatlantischen Allianz mit ihrer Vertragsorganisation und der Europäischen Union mit ihren vergemeinschafteten und intergouvernementalen Säulen. Einige ziehen daraus die Schlussfolgerung, dass dies den Raum einer engeren Zusammenarbeit stark eingrenzt. Andere machen dagegen deutlich, dass die komplexe, diffuse und bedrohliche

---

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen ist seit 12.08.2006 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und war zuletzt Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Er wurde am 25. April 1945 in Eisenberg/Thüringen geboren, verheiratet, 1 Sohn.

Olshausen trat 1964 in die Bundeswehr bei der Pioniertruppe ein; Einsatz als ZgFhrOffz; Kompaniechef bei 3./sPiBtl 210, München. Ab 1967 studierte er Geschichte und Politische Wissenschaften in Freiburg; Promotion. Anschließend war er KpChef 2./PiBtl 6, Plön. 1976 folgte die Ausbildung zum Generalstabsoffizier an der FüAkBw, Hamburg. Ab 1978 G 2 bei der 12. Panzerdivision, Veitshöchheim. 1980 bis 1981 Lehrgangsteilnehmer am Command & General Staff College, Ft. Leavenworth, Kansas (USA). Danach Referent im Bundeskanzleramt, Kdr PiBtl 2 und Referent für Militärstrategie im Planungsstab BMVg. 1987 bis 1990 Heeresattaché bei der Deutschen Botschaft in Washington, D.C. (USA).

1990 bis 1993 Kdr "Oldenburgische" PzGrenBrig 31, 1993 bis 1994 StAl Fü S VI BMVg, 1995 bis 1996 StvKdr und ChefStab HUKdo, 1996 bis 1998 StvKG EUOKORPS, Strasbourg (F), 1998 bis 2000 KdrKorpsTr und StvKG IV. Korps.

Sicherheitslage im 21. Jahrhundert geradezu gebietet, dass diese beiden Organisationen, in denen 21 von 26 bzw. 27 Mitgliedstaaten dieselben sind, ihre komparativen Vorteile von verfügbaren Mitteln und Fähigkeiten in wesentlich stärkerem Maße bündeln oder zumindest synergetisch zur Wirkung bringen müssten, als dies bisher geschehen ist.

Diejenigen, die die NATO als "rein militärisches" Bündnis einordnen, neigen aufgrund der begrenzten Reichweite von Streitkräften für die "Lösung" der meisten Krisen und Konflikte unserer Tage dazu, die Allianz vorrangig als "Rückversicherung" für die "klassische" kollektive Verteidigung zu betrachten. Deshalb argumentieren sie eher für eine intensivere direkte politische Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA. Denn mit und seit dem EU-US-Gipfel in Dublin habe sich deren Themenpalette doch auf fast alle sicherheitsrelevanten Herausforderungen ausgeweitet. Ihnen ist der Vorteil, in der Allianz mit den USA als gleichberechtigter Vertragspartner konsultieren und entscheiden zu können, weniger bedeutsam, als die Gesprächsführung auf "gleicher Augenhöhe", wenn sich EU und USA treffen, getreu dem Grundsatz: "Man muss sich fühlen können".

Andere Positionen unterstützen zwar gleichfalls die direkten Kontakte und die umfangreichen programmatischen Dokumente zwischen der EU und den USA, aber unterstreichen nachhaltig, dass an der kritischen Schwelle der Krisenreaktion vor oder am Rande der kollektiven Verteidigung – wenn militärische Mittel zum Einsatz kommen müssen – absehbar niemand davon ausgehen kann, dass die USA als eine zusätzliche "Non EU Contributing Nation" Verbände und Einheiten als "Drittstaat" unter der politischen und strategischen Führung des Politischen und Sicherheitskomitees (PSK) der EU zum Einsatz bringen würde.

#### Hemmschwelle:

##### Autonomiebetonung versus Dominanzfurcht

Bei dem Symposium in Rom wurde einmal mehr offenbar, dass unabhängig von einer unverzichtbaren Lösung der Zypern-Frage eine Reihe von Mitgliedstaaten und die zentralen Einrichtungen der EU einer praktischen, umfassenderen Zusammenarbeit mit der Allianz erst näher treten können und werden, wenn einerseits das eigene Selbstbewusstsein ein – m. E. – übersteigertes Autonomieverständnis aus Sorge vor einer dominanten Rolle der USA unnötig macht und wenn andererseits in den USA die Administration wie der Kongress erkennen und begreifen, dass ihren eigenen nationalen Interessen besser gedient ist, wenn in der Allianz – wie mit der EU – nicht im Sinne aufzuerlegenden eigener Entscheidungen gearbeitet wird, sondern in der Überzeugung, dass ihrer Sicherheit und Wohlfahrt gemeinsam erarbeitete und solidarisch durchgehaltene Ziele und Maßnahmen – wie allen Verbündeten in NATO und EU – am ehesten und besten dienen.

##### Interoperabilität der Fähigkeiten

Mit Blick auf die Beziehungen zwischen NATO und EU ist unbestritten, dass die kontinuierliche Verbesserung der Interoperabilität eine zentrale Herausforderung bleibt, und zugleich die Messlatte dieser transparenten Koordination und wirkungsvollen Zusammenarbeit sein muss. Das gilt für die militärpolitische Strategie, Konzeption und Doktrin, die Planungsvorstellungen und Instrumente für die Fähigkeitsplanung und natürlich und besonders offensichtlich für das operative Geschehen in den Krisenreaktionseinsätzen.

Bei der Erörterung der Entwicklung zukunftsrelevanter Fähigkeiten für Krisenreaktion und Verteidigung war bemerkenswert, dass bei der Veranstaltung in Rom zwischen französischen und amerikanischen Teilnehmern keine kontroversen Positionen bestanden. Beide hielten es für denkbar, ja zweckmäßig, die langfristige Streitkräfte-/Fähigkeitsplanung auf der Grundlage gemeinsam von NATO und EU genutzter und in Abstimmung analysierter Szenarien und Parameter voran zu bringen. Dies war für beide – und alle anderen – deshalb einleuchtend, weil die Nationen/Mitgliedstaaten von NATO und EU ihre Fähigkeiten in Streitkräften – wie Polizei und anderen Bereichen – nur einmal verfügbar haben. Diese müssen dann sowohl unter NATO- wie EU-Führung, aber auch nationaler, UN- und Koalitionsführung gleichermaßen und nicht mit sehr unterschiedlichen Regeln und Verfahren im Einsatzgebiet erfolgreich verwendet werden können. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass diese Auffassung gemeinsamer Szenarienanalyse auch nach den jüngsten Ankündigungen von Präsident Sarkozy nicht von allen Verantwortlichen im französischen Verteidigungsministerium und eher noch weniger am Quai d'Orsay geteilt wird.

#### Pragmatismus: "bottom up"

In der aktuellen Lage, in der NATO-Nationen wie EU-Mitgliedstaaten betonen, wie gut die "Berlin Plus"-Vereinbarungen sich bei der Operation ALTHEA (EUFOR) in Bosnien bewähren, in der aber darüber hinaus keine inhaltliche gemeinsame Diskussion anderer Themen stattfinden kann, plädieren viele Analysten und Kommentatoren für einen strukturell, funktional und regional pragmatischen "bottom up"-Ansatz.

#### Strategische Kooperation

Auf der strategischen Ebene bleibt zu fordern, dass die Mitgliedstaaten, die beiden Organisationen angehören, darauf achten, dass die Zielsetzungen, Politik- und Handlungsansätze in allen Sicherheitsfragen möglichst identisch begriffen werden, und – wo die Organisationen Unterschiede erfordern – zumindest Parallelität bzw. Komplementarität erhalten bleibt. Dabei können die Ansätze zur Vernetzung militärischer und nicht-militärischer (ziviler) Instrumente in der Krisenvorbeugung, -verhütung, -bewältigung und -nach-sorge, die in der EU, der NATO und auch in den USA erarbeitet werden, als praktisches Beispiel für diese Arbeit aller genutzt werden. Dabei sollte nicht als erstes die Frage gestellt werden, wer koordiniert und wer koordiniert wird, sondern welche Fähigkeiten in welcher Lage gleichzeitig oder einander folgend eingesetzt werden müssen.

#### Funktionale Kooperation

Beim unbestritten erforderlichen Kampf gegen den Terrorismus können die Konzepte und Doktrinen, die national wie in der NATO und der EU bestehen, verglichen, das Übereinstimmende herausgestellt und die Unterschiede anhand des unterschiedlichen Fähigkeitsprofils erläutert und genutzt werden. Dabei ist in allen nationalen wie in den EU- und NATO-Konzepten unstrittig, dass die Streitkräfte im wesentlichen eine unterstützende Rolle haben und lediglich in seltenen offensiven Szenarien in einer – politisch zu entscheidenden – pro-aktiven Rolle handeln könnten.

#### Regionale Kooperation

Bei den laufenden Einsätzen in Afghanistan und im Kosovo sind nicht nur beide Organisationen neben UN und OSCE im Einsatz, sondern auch alle Nationen von NATO und EU, eine Mehrzahl von ihnen zusätzlich mit bilateralen Programmen. Wer ständig betont, dass die Lage in Afghanistan mit militärischen Mitteln allein nicht zu bewältigen ist (was

niemand in Frage stellt) und andererseits der NATO aber keine nicht-militärischen Mittel verfügbar machen will, muss doch mit Nachdruck einer strategischen Zusammenarbeit von EU und NATO das Wort reden und sich nicht mit einer nur suboptimalen Vor-Ort-Koordination zufrieden geben. Bei dieser Lage wären gemeinsame Sitzungen des Nordatlantikrates und des Politischen und Sicherheitskomitees zwingend geboten. Dabei könnte festgelegt werden, wer was am besten leistet und wie der Ansatz unterschiedlicher Fähigkeiten optimiert zur Wirkung gebracht werden könnte. Die EU nennt dies im eigenen Bereich "CMCO" (Civil Military Concept/Cooperation), die NATO "EBAO" (Effect Based Approach to Operations). Daraus ließe sich ein Konzept entwickeln, in dem NATO Einsätze mit sogenannten "Brüssel plus" Vereinbarungen durch nicht-militärische Fähigkeiten der EU und ihrer Mitgliedstaaten unterstützt werden können.

Bei den seit über einem Jahr laufenden Planungen der EU zur Übernahme der Verantwortung von UNMIK im Kosovo – nach einem eigenen Konzept – wäre es zwingend, dies nicht nur innerhalb der EU zwischen dem zivilen Ausschuss und dem Militärausschuss zu erörtern, sondern auch mit den Gremien der Allianz intensiv abzustimmen. Denn die NATO wird auch nach einer möglichen einseitigen Erklärung der Unabhängigkeit des Kosovo mit KFOR weiterhin entscheidend für ein sicheres Umfeld sorgen müssen. Da ist es mehr als nützlich, wenn die Einsatzpläne nicht erst oder gar nur auf der Ebene der Stäbe im Kosovo koordiniert würden, sondern bereits im strategischen Ansatz das übergeordnete Ziel gemeinsam herausgestellt wird. Die NATO und die EU müssen sich derzeit auf Ministerebene für "zarte Ansätze" solcher Erörterungen auf informelle Mittagessen (transatlantic luncheon) beschränken. Das verlangt erneut, dass die 21 Mitgliedstaaten in beiden Organisationen sozusagen induktiv für indirekte Kohärenz arbeiten und nicht etwa selbst dieses Zusammenwirken aus Gründen unterschiedlicher eigener nationaler Interessen in beiden Organisationen noch behindern.

#### Gemeinsame Analysen für die Planung militärischer Fähigkeiten

Bei der Fähigkeitsplanung für die Streitkräfte und die nicht-militärischen Komponenten der Krisenreaktion werden in beiden Organisationen mit erheblichem Aufwand szenarien-orientierte Analysen entwickelt, aus denen dann Fähigkeitsprofile abgeleitet werden. Um wechselseitig Transparenz in diesen Verfahren zu fördern, war 2003 eine "NATO-EU-Fähigkeitsgruppe" ("NATO-EU-Capability Group") vereinbart worden. Bisher werden dort aber nur Ergebnisse oder Verfahren vorgestellt. Aus der Sicht der Beteiligten wird damit nach außen ein Eindruck operativer Zusammenarbeit erweckt, die nicht existiert. Sinnvoll und geboten wäre es, z. B. die Szenarien gemeinsam zu entwickeln, die Fähigkeiten für unterschiedliche Szenarien gemeinsam zu analysieren und zu bestimmen und dann die Gremien der EU und der NATO eigenständig entscheiden zu lassen, welchen "Level of Ambition" sie für ihre Streitkräfte oder zivile Organisationen auf der Basis der Erkenntnisse festlegen wollen. Denn alles richtet sich bei den Nationen an dasselbe Streitkräfte-Dispositiv oder entsprechende Polizei- oder andere zivile Organisationen der Mitgliedstaaten. Bei dieser Lage erscheint es schon befremdlich, wenn die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) noch immer keine formellen Kontakte mit dem strategischen Kommando der Allianz für Transformation (ACT) in Norfolk/USA aufnehmen kann und auch die Zu-

sammenarbeit zwischen EDA und dem Gremium der Rüstungsdirektoren der NATO (CNAD) – gelinde gesagt – zu wünschen übrig lässt.

Diese Lagefeststellung und Diskussionen führen unweigerlich zur Frage: Was kann (jetzt) getan werden?

#### 1. Mehr Transparenz

Wenn keine gemeinsamen Sitzungen der Gremien möglich sind, dann gilt es, die vorgesehenen Treffen der Gremien mit den jeweiligen Nichtmitgliedern zu verbessern, die entsprechende Sicherheitsabkommen abgeschlossen haben. An solchen Sitzungen des PSK, des Militärausschusses (MC) – und ggf. des zivilen Ausschusses (CivCom) – sollten bei der EU auch die nordamerikanischen Mitgliedstaaten der Allianz teilnehmen und nicht nur die europäischen Nationen, die nicht EU-Mitglieder sind. Und die NATO sollte ein Treffen für die Nicht-NATO-Nationen der EU vorsehen, die ein Sicherheitsabkommen mit der Allianz vereinbart haben. Denn es ist nicht einzusehen, warum der Austausch mit Ländern wie Finnland, Irland, Schweden und Österreich auf die EAPC-Partnerschaftssitzungen begrenzt ist.

Darüber hinaus ist es Vertretern dieser jeweiligen Delegationen auf beiden Seiten zu ermöglichen, Beobachter zu den jeweiligen Sitzungen in der EU bzw. in der NATO zu entsenden. In den 5 ½ Jahren in Brüssel, habe ich nie verstanden, warum die Organisationen sich nicht zu dieser wechselseitigen Transparenz verstanden haben. So könnten Vorstellungen von "versteckten Agenden" oder "Gegenmachttheorien" falsifiziert – oder mit Fakten belegt werden. In jedem Fall ist diese Offenheit langfristig besser als die fragmentarischen Informationen aus solchen Sitzungen, die – subjektiv ausgewählt durch einzelne EU/NATO-Mitglieder – die jeweiligen Nichtmitglieder erreichen.

#### 2. Abstimmung zur "Krisen-Frühwarnung"

Das EU-"Situation Center" und ein – noch zu verbesserndes – NATO-Lagezentrum können gemeinsame periodische Analysen zu den bestehenden und vor allem zu potentiellen Krisenregionen oder Gefahrenpotentialen erarbeiten. Das kann ein wichtiges Element für die praktische Verwirklichung der deklaratorisch häufig genannten "frühen Konsultation" beider Organisationen vor und in Krisenlagen darstellen.

Dies setzt voraus, dass die Mitgliedstaaten beider Organisationen, ihre Erkenntnisse frühzeitig verfügbar machen. Denn egal ob transnationaler Terrorismus, Proliferation von Massenvernichtungswaffen und Raketentechnologie oder Zerfall von Staaten und innerstaatliche Konfliktlinien, kein Staat hat dazu für sich alleine ein ausreichendes Aufklärungspotential. Die Bündelung auf strategischer Ebene ist erforderlich. Von dieser Basis aus können und müssen dann auch weitere Partner zur Mitarbeit gewonnen werden.

#### 3. Strategieentwicklung

Das europäische Institut für Sicherheitsfragen in Paris, der Forschungsbereich des NATO Defence College in Rom, die Rand Corporation oder eine andere Institution der USA sowie französische, britische, aber auch niederländische oder skandinavische Institute könnten auf der Grundlage der gültigen Strategiedokumente der NATO, EU, USA und weiterer Nationen mit Blick auf 2009 strategische Ziele für die kommenden Jahrzehnte entwickeln, im Sinne einer "Longterm Vision" für die gebotene sicherheitspolitische Gemeinschaft des Westens.

Wem das zu weit geht oder unrealistisch erscheint, der sollte ein phasenweises Vorgehen verfolgen. Die Nationen, die in NATO und EU Mitglied sind, sollten dafür Sorge tragen, dass die strategischen Überlegungen für das nächste NATO-Dokument 2009 und die Weiterentwicklung der EU-

Sicherheitsstrategie, die Präsident Sarkozy für die französische Präsidentschaft im 2. Halbjahr 2008 bereits angekündigt hat, Hand in Hand erarbeitet werden. Dabei ist es zwingend, das sicherheitspolitische strategische Dreieck von NATO, EU und Nordamerika als einen Eckpfeiler im Auge zu behalten und es mit Substanz und politischem Leben zu erfüllen. Die Entwicklung könnte in Teams von einigen Mitgliedstaaten begonnen werden, die zunächst nicht an den Konsens aller gebunden sind, die aber für den später zu erzielenden Konsens aller arbeiten wollen.

#### 4. Konzentration auf verschiedene funktionale Herausforderungen/Risiken

Bereits in der Gipfelerklärung der Allianz in Istanbul 2004 wurde erneut eine Reihe von Aktionsfeldern der Internationalen Gemeinschaft unterstrichen. Damals wie heute steht die Auseinandersetzung mit dem transnationalen Terrorismus im Vordergrund. Schon eine gemeinsame Analyse der Konzepte der NATO (MC 472 und Folgedokumente) sowie der militärische wie vielfältige nicht-militärische Elemente umfassende Ansatz der EU wird erkennen lassen, welche Aufgabenteilung und Zusammenarbeit oberhalb der – hierbei vorrangigen – nationalen Verantwortung zwischen beiden Organisationen möglich ist. Das gilt für den Schutz entscheidender Infrastruktur, die Unterstützung bei katastrophalen Folgen von Anschlägen auf dem Gebiet der Mitgliedsstaaten ebenso wie bei Einsätzen in Krisengebieten, in denen mit terroristischer Gewalt zu rechnen ist oder erkannte Kämpfer und Zellen ausgeschaltet werden müssen.

"Cyber war" und "network enabled capability" sind zwei wichtige Themen, die die einzelnen Mitgliedstaaten ebenso beschäftigen wie die Stäbe und Gremien in der NATO und der EU. Konzeptionell und technologisch gilt es eine synergetische Lösung zu entwickeln - sowohl für die Absicherung eigener Führungs- und Steuerungssysteme als auch für die pro-aktive Gewährleistung der eigenen Informations- und Entscheidungsüberlegenheit. Hier kann und sollte deshalb vom EU-Militärstab und dem Internationalen Militärstab der NATO auf militärischer

Seite und vom Generalsekretariat der EU und dem Internationalen Stab der NATO auf der zivilen Seite ein "Arbeitsmuskel" geschaffen werden, der die bisherigen nationalen Programme und die konzeptionellen Entwürfe von EU und NATO zusammenführt oder zumindest auf ihre Kohärenz überprüft. Denn gerade in diesem Bereich ist Interoperabilität ein Muss, wenn die "vernetzte Sicherheit", die derzeit als Kurzformel in vieler Munde ist, im konkreten Krisenmanagement in operatives Zusammenwirken umgesetzt werden soll.

#### 5. Das Zusammenwirken in laufenden Einsätzen

Wenn die künftigen zusätzlichen, breit angelegten Aufgaben der EU im Kosovo und das vorgesehene ESVP -Engagement – neben der laufenden Arbeit der EU-Kommission – in Afghanistan mit den intensiven militärischen Herausforderungen der Allianz für eine erfolgreiche Stabilisierung in beiden Regionen synchronisiert werden sollen, darf dies nicht nur den Mitarbeitern vor Ort übertragen oder aufgebürdet werden. Neben den informellen Abstimmungen der Stäbe in Brüssel gilt es, die diplomatischen und militärischen Gremien zu gemeinsamer Lagebeurteilung, Zielformulierung und danach jeweils abgestimmte Weisungen für die Umsetzung zusammenzubringen. Eine richtige und wichtige, aber lediglich vor Ort stattfindende Koordinierung und Zusammenarbeit wird sonst bestenfalls zu suboptimalen Resultaten führen.

Wenn die Bundeskanzlerin bei der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2007 zurecht betonte, dass die atlantische Partnerschaft und die europäische Einigung Eckpfeiler deutscher Sicherheitspolitik sind und deshalb transatlantische Sicherheitspartnerschaft und europäische Sicherheitsidentität zwei Seiten einer Medaille darstellen, dann ist es geboten und wird es höchste Zeit, die Anregungen zu einer verstärkten Zusammenarbeit von EU und NATO aus der deklaratorischen Ebene in praktische Arbeit auf der strategischen, operativen und taktischen Ebene in den diplomatischen, militärischen und nicht-militärischen Wirkungsbereichen umzusetzen. Jedes Zaudern oder gar Verhindern vergebend nicht nur erhebliche Ressourcen der Mitgliedstaaten sondern behindert auch die erfolgreiche Stabilisierung in Kriseneinsätzen, ja kann den Erfolg in Frage stellen und – nicht zuletzt – das Leben der Mitarbeiter und Soldaten in Gefahr bringen.



Durch Zureichung eines Mikrofons sorgte Landesorganisationsleiter Oberstlt d.R. Siegfried Wittig (v.r.) dafür, dass Diskussionsbeiträge im ganzen Saale verstanden werden konnten: Oberstlt Ulrich Kirsch (stehend) bei der Diskussion zum Vortrag von Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen

## Ulrich Kirsch

# Einsatz für den Frieden aus Sicht der Soldatinnen und Soldaten Ausgewählte Ergebnisse der Mitgliederbefragung des Deutschen Bundeswehrverbandes



Es gilt das gesprochene Wort

Anrede,

mir ist bewusst, dass ich heute vor einem besonders interessierten Fachpublikum vortrage. Es ist mir eine große Ehre, an diesem 14. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress nicht nur teilnehmen zu dürfen, sondern einen Beitrag leisten zu können. Im Rahmen einer solch hochkarätigen Veranstaltung als Referent aufzutreten, ist Herausforderung und Verpflichtung zugleich:

"Herausforderung", Ihre sicher hoch gesteckten Erwartungen zu erfüllen,  
"Verpflichtung", in der Tradition dieses Kongresses einen würdigen Beitrag zu liefern. Ich freue mich schon auf die Diskussion, die sich an meine Ausführungen anschließen wird!

Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr können jederzeit an jeden Ort der Welt befohlen werden, um dort einen Auftrag des Deutschen Bundestages zu erfüllen. General Oerding wird im Anschluss an meine Aus-

führungen ja auf die Details der "Armee im Einsatz" eingehen.

Die Soldatinnen und Soldaten sollen Frieden mit militärischer Gewalt erzwingen, sichern, Voraussetzungen für einen solchen schaffen oder weltweit humanitäre Hilfe leisten. In Afghanistan, in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo, in Mazedonien, im Kongo und in vielen anderen Ländern ist oder war dies bereits der Fall.

Tod und Verwundung sind dabei Teil dieser Einsätze geworden. Dies begründet das einzigartige und besondere Treueverhältnis zwischen dem Dienstgeber Bundesrepublik Deutschland und den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr.

Voraussetzung für die hervorragende Erfüllung aller Aufträge ist das selbstverständliche und unzweifelhafte Vertrauen der Menschen in den Streitkräften in die politische und militärische Führung. Dieses Vertrauen muss sowohl für die Auslandseinsätze als auch für den Dienst im Inland gelten. Dieses Vertrauen kombiniert mit soldatischem Pflichtgefühl, mit außerordentlicher Belastbarkeit und Improvisationsgeschick ist Grund dafür, dass trotz einer enormen Auftragsdichte durch Transformation und Einsätze die Soldatinnen und Soldaten ihre Aufträge verlässlich und diszipliniert erfüllen.

Ich kann an dieser Stelle nur den Hut ziehen vor dem hervorragenden Dienst, den unsere Kameradinnen und Kameraden jeden Tag in den verschiedensten Einsatzgebieten leisten! Wie groß die Belastungen tatsächlich sind, konnte ich bei meinen vielen Besuchen vor Ort feststellen. Es hat mich inzwischen über Mazar-e-Sharif, Kunduz, Feysabad, Kongo Libreville, Kinshasa bis in den Kosovo und Bosnien-Herzegowina geführt.

Dabei kommen unsere Soldatinnen und Soldaten nicht immer unversehr aus dem Einsatz zurück. Neben den "sichtbaren" Verletzungen, die einen Menschen für ein ganzes Leben zeichnen, gibt es immer häufiger auch die "unsichtbaren" Verletzungen der Seele: Die so genannte Posttraumatische Belastungsstörung, kurz PTBS genannt. Es handelt sich um eine Krankheit, die es nicht erst seit gestern gibt. Bereits während des Ersten Weltkrieges war das Krankheitsbild unter dem Begriff "Kriegszittern" bekannt. Aber leider scheint es so, dass erst seit kurzem wieder die breite Gesellschaft davon Kenntnis nimmt.

Daher habe ich bereits zu Beginn des vergangenen Jahres verstärkt mit diesem Thema beschäftigt. Mein Ziel ist es, dem Thema zu mehr Aufmerksamkeit zu verhelfen. Denn die Verletzungen der Seele sind ebenso ernst zu nehmen, wie die "sichtbaren" Verletzungen!

Für die künftige Einsatzfähigkeit der Streitkräfte wird es entscheidend sein, das Vertrauen der Soldatinnen und

---

Oberstleutnant Ulrich Kirsch ist seit 29.11.2005 Zweiter Stellvertretender Bundesvorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes mit Dienstsitz in Berlin. Zuvor war er seit 2005 Lehrgruppenkommandeur der ABC/SeS-Lehrgruppe A in Sonthofen gewesen. Ulrich Kirsch trat 1971 zur allgemeinen Grundausbildung als Fernmelder beim LwAusbReg in Roth bei Nürnberg an. 1971 bis 1973 war er Fhj bei der FIBtrbStff JaboG 32 in Lechfeld bei Augsburg; 1975 OffzLehrg III./OSLw in Neubiberg bei München; 1975 bis 1977 ZgFhr UffzLehr/SichStff JaboG 32 in Lechfeld bei Augsburg; 1977 bis 1979 ABC/SeOffz StFIgHGrp JaboG 32; 1979 bis 1981 StffChef der SichStff des Flugkörpergeschwaders 1 in Lechfeld bei Augsburg; 1981 bis 1982 Schüler in der Stabsgruppe ABC/SeS in Sonthofen; 1982 bis 1984 Hörsaalleiter ResOffzLehrg ABC/SeS in Sonthofen; 1984 bis 1986 KpChef ABCAbwLehrKp 4 in Sonthofen; 1986 bis 1987 Adjutant des Amtchefs Heeresamt in Köln; 1987 bis 1991 Hörsaalleiter Chef/BtIKdrLehrg der ABC-Abwehrtruppe an der ABC/SeS in Sonthofen; 1991 bis 1994 Hörsaalleiter/Inspektionschef und Taktiklehrer der X./OSH in München; 1994 Stabsoffizier zur besonderen Verwendung als Truppenfachlehrer an der ABC/SeS in Sonthofen; 1994 bis 1997 Kdr ABCAbwBtl 705 und Standortältester Bad Düben bei Leipzig; 1997 bis 2002 Leiter Schulstab der ABC/SeS und Kasernenkommandant der Jägerkaserne in Sonthofen; 2002 bis 2005 Referent ABC-Abwehr/Selbstschutz und Brandschutz im Führungsstab der Streitkräfte im BMVg in Bonn.

Soldaten und ihrer Angehörigen in die politische Führung, welches ihnen in den vergangenen 15 Jahren nachhaltig abhanden gekommen ist, wieder herzustellen. Deshalb muss die Politik endlich bei allen Entscheidungen zur Bundeswehr zeigen, dass sie an die Menschen denkt.

Es ist höchste Zeit, dass im Verteilungskampf um knappe Ressourcen nicht nur die Baustellen Arbeits-, Sozial- und Gesundheitspolitik angemessen berücksichtigt werden, sondern auch eine Institution, die man nach den Ergebnissen unserer Mitgliederbefragung nur noch mit dem Begriff "Großbaustelle" beschreiben kann: die Bundeswehr!

Diese Notwendigkeit ist der Politik noch immer nicht in dem erforderlichen Maß klar geworden. In meinen Gesprächen mit den Politikern aller Fraktionen wurde mir bewusst, dass hier der Ernst der Lage nicht angekommen ist. Und auf der anderen Seite machen mir die Mitglieder an unserer Basis Vorwürfe, warum der Deutsche Bundeswehrverband ihre berechtigten Forderungen und ihren Frust nicht ordnungsgemäß transportiere. Nicht selten wurde ich bei meinen Besuchen in der Truppe mit Anfeindungen konfrontiert, deren richtiger Adressat gar nicht ich, sondern die politischen Entscheidungsträger waren.

Wie sollte dieses Dilemma aufgelöst werden? Wie sollten die vielen Tausend Mitglieder des Deutschen Bundeswehrverbandes eine eigene Stimme bekommen? Als mir klar wurde, dass diese Fragen den Kern des Problems darstellten, fiel mir eine äußerst erfolgreiche Sendung des Bayerischen Fernsehens ein: "Jetzt red i!". Das Prinzip dieser Sendung ist so einfach wie erfolgreich: Ein großer Übertragungswagen fährt in eine Gemeinde und gibt jedem im Ort die Möglichkeit, sich zu Wort zu melden und sein individuelles Problem vorzutragen. Damit bekommt jeder Bürger eine eigene Stimme, die auch gehört wird. Am Ende des Jahres prüft die Redaktion in allen Orten noch mal nach, was aus den gesendeten Themen geworden ist, ob die Versprechen der Politiker und Verantwortlichen eingehalten wurden. Das Ergebnis dieser Recherchen läuft in einer Bilanz-Sendung.

Daraus wurde die Idee geboren, unter dem Motto "Jetzt reden Sie" alle Mitglieder des Deutschen Bundeswehrverbandes in der Zeit vom 10. Dezember 2006 bis 28. Februar 2007 dazu aufzurufen, sich über einen Fragebogen zur Berufszufriedenheit in den Streitkräften zu äußern. Eine unerwartet große Zahl von 45.040 Mitgliedern hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Dabei zeigt sich in zentralen Bereichen eine sehr große Unzufriedenheit in den Streitkräften, deren Ursachen und Folgen die Aufgabenerfüllung durch die Bundeswehr massiv beeinträchtigen und in Zukunft sogar unmöglich machen könnten. So die Bewertung der Universität Passau.

Wir haben uns für eine Gesamtbefragung unserer Mitglieder entschieden, um ein äußerst breites sowie differenziertes Meinungsbild einzuholen und gleichzeitig allen Mitgliedern und damit allen im Verband organisierten Soldatinnen und Soldaten die Möglichkeit zu geben, sich detailliert zur Berufszufriedenheit in den Streitkräften zu äußern.

Wenn sich 45.040 Mitglieder des Deutschen Bundeswehrverbandes, darunter 24.375 aktive Soldatinnen und Soldaten (und davon mehr als die Hälfte mit besonderen Auslandsverwendungen), zur Berufszufriedenheit in den Streitkräften äußern, ist dies eine kritische Masse, deren Einschätzungen als wesentlicher Indikator bzw. aussagekräftiges Stimmungsbarmeter gewertet werden müssen. Das lassen wir uns auch nicht wegdiskutieren! Eine Studie

mit einer so großen Teilnehmerzahl hat klar einen repräsentativen Charakter und muss ernst genommen werden.

Oder glauben Sie im Ernst, dass die Mikrountersuchungen des sozialwissenschaftlichen Instituts, bei denen im Höchstfall ein paar hundert Soldaten befragt werden, einen größeren Aussagewert haben? Wir haben es nun in absoluten Zahlen: Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sind mit vielen Bedingungen ihres Dienstes nicht mehr zufrieden. Dieses Ergebnis muss ernst genommen werden!

Wir haben uns bewusst dafür entschieden, die Universität Passau als unabhängige wissenschaftliche Institution mit der Mitgliederbefragung zu beauftragen. Unter der wissenschaftlichen Leitung von Privatdozent Dr. Gerd Strohmeier ist eine Untersuchung entstanden, die einen unbeeinflussten Blick auf die Stimmungslage unserer Mitglieder erlaubt.

Das Ergebnis der Mitgliederbefragung rundet das Bild ab, das sich bereits seit einiger Zeit abzeichnet: Die Bundeswehr ist seit Jahren dramatisch unterfinanziert! Und zwar in allen Bereichen, die da sind: Personal, Betrieb und Investitionen. Politik und insbesondere Haushaltspolitik setzt finanzielle "Prioritäten" gern auf das Nächstliegende, Unübersehbare, Unabweisbare. Wenn bei der finanziellen Ausstattung der Armee nicht rasch und grundlegend umgesteuert wird, droht die Unzufriedenheit der Soldatinnen und Soldaten die Auftragserfüllung der Bundeswehr massiv zu beeinträchtigen. Davor müssen wir eindringlich warnen!

Selbst der Generalinspekteur der Bundeswehr kann in seinem aktuellen Bundeswehrplan 2008 die Augen vor diesen Tatsachen nicht mehr verschließen! Sowohl der Generalinspekteur als auch der Wehrbeauftragte in seinem Jahresbericht 2006 machen sich Sorgen um die Motivation der Truppe. Diese Sorge wird durch unsere Mitgliederbefragung bestätigt, so dass sich ein deutlich hörbarer Dreiklang ergibt.

Besonders stark ausgeprägt ist die Unzufriedenheit in den Meinungsbildern von Berufssoldatinnen und -soldaten sowie der Zeitsoldatinnen und -soldaten. Vor allem Soldatinnen und Soldaten mit Einsatzerfahrung sind nicht zufrieden mit den Bedingungen ihres Dienstes.

Die Überschrift meines heutigen Vortrages verspricht Ihnen "Ausgewählte Ergebnisse der Mitgliederbefragung des Deutschen Bundeswehrverbandes". Diese möchte ich Ihnen nun gerne präsentieren:

Über 50 % der von uns befragten Berufs- und Zeitsoldatinnen und -soldaten geben an, dass sich ihre Karriere bei der Bundeswehr mit ihren Erwartungen deckt.

Fast 60 % der Befragten geben an, mit der unentgeltlichen truppenärztlichen Versorgung im Inland gut oder sehr gut zufrieden zu sein.

Allerdings fühlen sich nur knapp 2 % der befragten Berufssoldatinnen und -soldaten bzw. 3 % der Zeitsoldatinnen und -soldaten von der Politik unterstützt.

Etwa 10 % der Berufssoldatinnen und -soldaten bzw. 16,5 % der Zeitsoldatinnen und -soldaten sind der Meinung, dass es der Bundeswehr zukünftig gelingen wird, den qualifizierten Nachwuchs im notwendigen Umfang zu gewinnen.

Etwa die Hälfte der Berufssoldatinnen und -soldaten und mehr als ein Drittel der Zeitsoldaten würden sich heute nicht noch einmal für ihre eingeschlagene Laufbahn entscheiden.

Gerade mal 34, 2 % würden den ihnen nahe stehenden Personen z.B. ihren Kindern den Dienst in den Streitkräften empfehlen.

Nur rund ein Viertel der Teilnehmer an Auslandseinsätzen bewertet die materielle Ausstattung im Auslandseinsatz als gut.

Knapp 40 % der Teilnehmer an Auslandseinsätzen geben an, dass die in Vorbereitung ihres Auslandseinsatzes durchgeführte Schulung über die landeskundlichen Gegebenheiten im Einsatzland nicht ausreichend war.

Trotz einiger – glücklicherweise – positiv ausgefallenen Antworten, die ich Ihnen ja eingangs vorgestellt habe, bleibt unter dem Strich festzuhalten, dass die Mängel, die sich immer deutlicher in allen Bereichen der Bundeswehr zeigen, die Aufgabenerfüllung durch die Bundeswehr massiv beeinträchtigen werden, wenn nicht signifikante Korrekturen durch die Politik vorgenommen werden.

Unsere Mitgliederbefragung zeigt eines überdeutlich: Es besteht akuter politischer Handlungsbedarf! Wenn es der Bundeswehr zukünftig nicht gelingen wird, den qualifizierten Nachwuchs im notwendigen Umfang zu gewinnen, werden die Streitkräfte ihrem Profil als Einsatzarmee und den damit verbundenen Aufgaben nicht mehr gerecht werden können.

Jetzt verlangen unsere Mitglieder zu Recht, dass wir etwas aus der Befragung machen. Wir können uns nicht auf den vorgetragenen Ergebnissen ausruhen!

Der Bundesvorstand und die hauptamtlichen Mitarbeiter haben die Ergebnisse ausgewertet. Wir führen viele und intensive Diskussionen über die Resultate und die Konsequenzen, die wir als Berufsvertretung zu ziehen haben. Fest steht: Kein Unternehmen, keine Organisation und erst recht nicht eine im Einsatz stehende Armee mit einem solch hohen Anspruch an ihr Personal, kann es sich leisten, eine solche Stimmungslage zu ignorieren!

Aus diesem Grunde haben wir einen Forderungskatalog erarbeitet, dem es an Deutlichkeit nicht fehlt. Dieser soll als Messlatte dienen, an der wir die Bewegungen der Politik beobachten werden. Und mit Hilfe dieser Messlatte können wir in einiger Zeit Bilanz ziehen. Und die Bilanz werden wir in Intervallen regelmäßig wiederholen! Dann wird sich zeigen, ob die Politik etwas aus unseren Vorgaben gemacht hat. Wir werden klar die Defizite aufdecken und mit allen unseren Möglichkeiten publik machen!

Einige von unseren bereits erarbeiteten Forderungen an die Politik möchte ich Ihnen heute schon erläutern.

Grund allen Übels ist die langjährige Unterfinanzierung unserer Streitkräfte! Daher steht an erster Stelle unseres Forderungskatalogs der signifikante Aufwuchs des Einzelplans 14. Diese Forderung wird in den nächsten Jahren sicherlich im Vordergrund unserer Verbandspolitik stehen! Um den Belastungen unserer Kameradinnen und Kameraden und den Besonderheiten des Soldatenberufes Anerkennung zu zollen, müssen einige Dinge, die im Argen liegen, verändert werden. So muss eine soldatenspezifische Besoldung her! Diese Forderung können wir, wenn wir uns die Umsetzung unserer Forderungen einmal als Ampel vorstellen, derzeit auf "Gelb" schalten. Im Moment wird im Parlament das so genannte Dienstrechtsneuordnungsgesetz beraten. Nach den Vorstellungen des Deutschen Bundeswehrverbandes wird dieses Gesetz nur dann unseren Ansprüchen genügen, wenn darin eine Besoldungsstruktur geschaffen wird, die auf die Spezifika des Soldatenberufes eingeht.

Auch die Erhöhung des täglichen Wehresoldes um 2,- Euro finden Sie in unserem Forderungskatalog. Es freut mich sehr, dass wir diese Forderung bereits auf "Grün"

schalten können. Noch im Dezember dieses Jahres wird das Bundeskabinett die entsprechenden Änderungen im Wehresoldgesetz verabschieden.

Auch die erhebliche Erhöhung der Infrastrukturmittel für ein kurzfristiges Sanierungsprogramm und die langfristige Gewährleistung eines angemessenen Unterkunftstandards in den Kasernen ist uns ein dringendes Anliegen. Es kann nicht sein, dass unsere Soldatinnen und Soldaten in Kasernen hausen, welche derart marode sind, dass sie keinem Standard je wieder genügen werden. Vorbild sollte das inzwischen ins Leben gerufene "Sonderprogramm Sanierung Kaserne West" sein. Es wurde von Minister Jung ins Leben gerufen, um die unzumutbaren Zustände in den Bundeswehrliegenschaften abzuschaffen. Ziel ist eine möglichst rasche Renovierung der Unterkünfte für unterkunftspflichtige Soldaten in westdeutschen Kasernen. Die ersten Baumaßnahmen sind bereits in Angriff genommen!

Leider noch auf "Rot" stehen unsere Forderungen nach einer Modernisierung des Dienstrechtes. Die Transformation der Bundeswehr bedeutet eine vollständige und andauernde Umwandlung von Streitkräften und Wehrverwaltung, um die Bundeswehr in die Lage zu versetzen, die im Weißbuch des Bundesministers der Verteidigung genannten Aufgaben erfüllen zu können. Dazu gehört die Fähigkeit, weltweit Streitkräfte im Verbund mit anderen Nationen einzusetzen. Diese neuen Herausforderungen, die in erster Linie die Menschen betreffen, die in der Bundeswehr Dienst leisten, können mit den dienstrechtlichen Instrumenten der 1980er Jahre nicht gemeistert werden. Die Transformation darf sich daher nicht auf Waffensysteme, Strukturen und Verfahren beschränken, sondern muss zu einer Neugestaltung des soldatischen Dienstrechtes führen.

Es freut mich, dass wir eine andere, uns sehr wichtige, Forderung aber inzwischen auf "Grün" schalten konnten: Das Einsatzweiterverwendungsgesetz wurde inzwischen in dritter Lesung vom Parlament verabschiedet! Hierbei geht es um die Frage: Was passiert mit einem Soldaten, der aufgrund einer Verletzung im Auslandseinsatz eine hohe Minderung der Erwerbstätigkeit davon trägt und deshalb aus der Bundeswehr entlassen werden muss, weil er nicht mehr dienstfähig ist? Ist er Berufssoldat, wird er regelmäßig in den Ruhestand versetzt und erhält sein Ruhegehalt.

Das ist noch hinnehmbar, aber was ist mit den SaZ, FWDLern oder Reservisten? Diese stehen vielleicht vor dem beruflichen Aus, aber die Rentenleistungen und ggf. die Beschädigtenversorgung reichen nicht immer für einen angemessenen Lebensunterhalt. Uns ist es gelungen, das Parlament davon zu überzeugen, dass wir hier einen gesetzlichen Anspruch auf Weiterbeschäftigung in den Streitkräften benötigen.

Last but not least fordert der Deutsche Bundeswehrverband als Interessenvertretung der Soldaten in aller Entschlossenheit, die Dienst- und Versorgungsbezüge im Jahre 2008 um 7,2 % zu erhöhen. Soldatinnen und Soldaten, Beamte und Arbeitnehmer haben nach der langen Durststrecke der vergangenen Jahre eine deutliche Erhöhung verdient. Die letzte Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge erfolgte vor drei Jahren! Dies ist eindeutig zu lang her! Durch Preissteigerungen, Streichung von Urlaubsgeld und wiederholter drastischer Kürzung der Sonderzahlung ("Weihnachtsgeld") haben Soldaten einen überproportionalen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet. Im gleichen Zeitraum hat das Parlament die Teilnahme der Bundeswehr an lebensgefährlichen Auslandseinsätzen beschlossen. Da muss sich keiner wundern, dass die Berufszufriedenheit unserer Soldatinnen und Soldaten immer mehr und mehr sinkt.

Wir werden das nicht mehr hinnehmen! Die entstandene Lücke zwischen enorm gestiegenen Anforderungen bis hin zu lebensgefährlichen Einsätzen einerseits und der Besoldung andererseits muss endlich geschlossen werden. Der Beruf des Soldaten muss, auch gerade und vor dem Hintergrund der zu erwartenden demographischen Herausforderungen und dem Kampf um qualifizierten Nachwuchs in finanzieller Hinsicht attraktiv bleiben und wieder werden. Daher ist eine Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge um 7,2 % eine unsere dringendsten Forderungen.

Aber nicht nur in finanzieller Hinsicht besteht dringender Verbesserungsbedarf. In der heutigen Zeit, in der Auslandseinsätze unserer Männer und Frauen immer mehr und mehr an der Tagesordnung sind, müssen deren Rahmenbedingungen endlich verbessert werden, um die Berufszufriedenheit nicht noch weiter absinken zu lassen. So muss zum einen ein ausreichend langer Zeitraum zwischen zwei Auslandseinsätzen gewährleistet werden. Uns schwebt ein Zeitraum von 18 Monaten bei einer viermonatigen Einsatzdauer vor. Grund hierfür ist, dass nur knapp 20 % der von uns befragten Teilnehmer an Auslandseinsätzen angaben, dass sie die Häufigkeit der Auslandseinsätze sowie die einsatzfreien Zeiten für angemessen halten. Rund 46 % hielten sie demgegenüber für unangemessen und rund 31 % gaben "teils – teils" an.

Einig waren sich die Soldatinnen und Soldaten aber in einem Punkt: Die vom Deutschen Bundeswehrverband durchgesetzte Begrenzung der Einsatzdauer von vier Monaten wird von allen begrüßt!

Zudem weist auch der Wehrbeauftragte in seinem Jahresbericht 2006 darauf hin, dass seit Beginn der verstärkten Einsatzfähigkeit der Streitkräfte in bestimmten Verwendungsreihen ein beständiger Mangel festzustellen sei. Als klassische Beispiele seien hier unter anderem die Heeresflieger, die Feldjäger sowie Ärzte und Sanitätspersonal genannt. Diese leiden unter einer schon chronisch zu nennenden, überproportionalen Einsatzbelastung.

Und wir sind noch lange nicht fertig mit unseren Forderungen! Ein hochaktuelles Thema, nicht nur in den Streitkräften, ist die Optimierung der Vereinbarkeit von Familie und Dienst. Die ganze Republik diskutiert über dieses Thema! Derartige Angebote müssen optimiert werden! So müssen die Planungssicherheit für die Familie erhöht, familiengerechte Arbeitszeiten gewährleistet und die Wohnungsfürsorge und Schaffung von Pendlerappartements optimiert werden. Wir müssen dem demographischen Wandel Rechnung tragen! Die Vereinbarkeit von Familie und Dienst wirkt motivations- und attraktivitätssteigernd und leistet somit einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der personellen Regeneration der Bundeswehr.

Um dem Grundsatz "Jetzt red i" noch mehr Rechnung zu tragen, arbeiten wir derzeit an Überlegungen, detaillierte Einzelgespräche mit einer repräsentativen Gruppe folgen zu lassen. In Tiefeninterviews soll herausgefunden werden, was unseren Mitgliedern auf der Seele brennt und wo weiterer Handlungsbedarf besteht. Dabei werden wir uns vor allem mit den Fragen beschäftigen, wo sich beim groben Betrachten in unserer Befragung ein mutmaßlicher Widerspruch ergeben hat. So sind über die

Hälfte der Befragten Berufs- und Zeitsoldaten zufrieden mit ihren Karriereverläufen. Aber fast 60 % der Befragten würden ihnen nahe stehenden Personen den Dienst in den Streitkräften nicht empfehlen. Hier müssen und wollen wir genauer hinsehen, um augenscheinliche Ungereimtheiten aufzuklären.

Vor ein paar Wochen hat die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg ihr 50-jähriges Bestehen gefeiert. In einer bemerkenswerten Festansprache, die ich jedem zur Lektüre empfehle, hat unser Bundespräsident Horst Köhler die Soldatinnen und Soldaten aufgefordert, deutlich auf bestehende Missstände hinzuweisen. Er hat festgestellt, dass in Teilen der Gesellschaft allenfalls "freundliches Desinteresse" an der Bundeswehr bestehe. Das, meine Damen und Herren, muss sich ändern!

Und dazu wird hoffentlich auch der heutige 14. Internationale Sicherheitspolitische Kongress des Verbandes der Reservisten zusammen mit der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik hier in Baden-Württemberg einen Beitrag leisten. Für dieses Engagement meinen größten Respekt und herzlichen Dank!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



Nachgefragt: Oberstleutnant Professor Erwin Ritter von Fitz vom Militärkommando Voralberg in der Diskussionsrunde zum Vortrag von Oberstleutnant Ulrich Kirsch

# Jan Oerding

## Bundeswehr im Friedenseinsatz



Es gilt das gesprochene Wort –

Meine Damen und Herren,  
Dank für die Einladung.

Seit nunmehr gut zwei Jahren führe ich das Kommando Operative Führung Eingreifkräfte in Ulm. Es entstand aus dem vielen von Ihnen bekannten II. Korps, dem größten Heeresverband Süddeutschlands. Nach fast 50 Jahren wurde es im Oktober 2005 außer Dienst gestellt.

Kommando Operative Führung Eingreifkräfte – was für ein Name? Werden Sie sagen – und Sie haben Recht, es ist ein Zungenbrecher. Deshalb nenne ich es im folgenden einfach „Kommando Ulm“. Aber dieser Name ist auch Programm. Mit dem Kommando Ulm wurde ein völlig neues und in den Streitkräften der Bundesrepublik Deutschland einzigartiges Hauptquartier geschaffen, das vor allem im Rahmen der EU zum Einsatz kommen soll.

Zum Hintergrund: 1999 wurde durch die Europäische Union in Helsinki das erste und 2004 in Brüssel das zweite so genannte European Headline Goal formuliert. Mit den hierin abgesteckten Zielsetzungen wollte sich die EU befähigen, im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – wenn notwendig – auch eigenständig militärische Mittel zum Einsatz bringen zu können.

In diesem Zusammenhang hat sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, zeitlich begrenzt und in regelmäßigen Abständen nicht nur Truppen bereitzustellen, sondern auch ein stationäres Hauptquartier für die militärstrategische Ebene und ein verlegbares Hauptquartier für die operative Ebene. Letzteres ist ein Auftrag für Ulm.

Meine konkrete Aufgabe als Befehlshaber ist es, aus diesem knapp 300 Soldaten starken Kommando heraus ein Hauptquartier innerhalb weniger Tage weltweit zu verlegen und im Auftrag der Europäischen Union militärische Operationen zu führen. Dies können so genannte kleine Operationen mit 2000 bis 5000 Soldaten sein, es können aber auch Operationen in der Größenordnung von 30.000 Soldaten und mehr sein.

Im ersten Halbjahr dieses Jahres stand das Kommando Ulm für genau sechs Monate in einer erhöhten Bereitschaft, um – wenn militärisch notwendig und politisch gebilligt – mit einer EU Battle Group – ca. 2000 Soldaten – zu verlegen und in einem Radius von 6000 km um Brüssel militärische Aufgaben wahrzunehmen. Zu einem Einsatz ist es jedoch nicht gekommen.

Es war dies im Übrigen nicht das erste Mal. Schon im ersten Halbjahr 2006 hatten wir diese Bereitschaft zu erfüllen, und wir bereiten uns gegenwärtig auf dieselbe Aufgabe im zweiten Halbjahr 2008 erneut vor.

Würden Sie heute das Kommando in Ulm besuchen, dann würden Sie nicht nur Offiziere und Unteroffiziere aus Heer, Luftwaffe und Marine antreffen; Sie würden auch Vertretern aus zehn Nationen begegnen, die nicht zeitlich begrenzt, sondern mit einem festen Dienstposten versehen, ständig bei uns ihren Dienst leisten.

Natürlich haben wir noch zahlreiche andere Aufgaben, aber diese hier und heute darzustellen, würde zu weit führen.

Aber was verstehen wir, um zum eigentlichen Thema meines Vortrages zu gelangen, unter der Formulierung „Bundeswehr im Friedenseinsatz“? Beschreibt sie den Auslandseinsatz von deutschen Soldaten, um fern ab der Heimat den Frieden zu erhalten oder zu stabilisieren?

---

Generalleutnant Jan Oerding übernahm als erster Befehlshaber am 07.10.2005 das „Kommando Operative Führung Eingreifkräfte“. Das Ulmer Kommando ging aus dem II. (GE/US) Korps hervor, das Generalleutnant Oerding seit dem 16.03.2004 als Kommandierender General befehligte.

Er trat am 01.07.1969 als Rekrut in das PzArtBtl 215 in Augustdorf in die Bundeswehr ein. Nach seiner Ausbildung zum Offizier wurde er von 1971 bis 1976 zunächst als Batterieoffizier und anschließend als S3-Offizier im Stab des FArtBtl 71 in Dülmen eingesetzt. Im Anschluss daran führte er bis 1980 als Einheitsführer die 3. Batterie des Bataillons, bevor er bis 1982 seine Ausbildung zum Generalstabsoffizier an der FüAKBw in Hamburg absolvierte. Danach wechselte er als Referent zu FüSBMVg. Nach zweijähriger Dienstzeit in Bonn wurde er 1984 G3-Stabsoffizier in der PzBrig 29 in Sigmaringen. 1984 übernahm er das RakArtBtl 62 in Kellinghusen als BtlKdr. 1989 wurde er für eineinhalb Jahre mit der Aufgabe des Adjutanten beim Inspekteur des Heeres in Bonn beauftragt. Danach wechselte er als Chef des Stabes zur 7. PzDiv nach Unna, um 1992 nach Bonn zurückzukehren und dort die Aufgaben eines Referatsleiters im Fü H III 1 BMVg wahrzunehmen. 1995 übernahm er die Führung der PzGrenBrig 30 in Ellwangen als Brigadekommandeur. Im April 1998 wurde er als Nationaler Befehlshaber in Bosnien-Herzegowina im Rahmen des 5. SFOR-Kontingents eingesetzt, um nach seiner Rückkehr aus dem Auslandseinsatz im Oktober 1998 die Aufgaben des Stabsabteilungsleiters III im Fü H in Bonn zu erfüllen. Im März 2001 wurde er ein zweites Mal nach Sigmaringen als Kdr der 10. PzDiv versetzt und war zudem - bis zu dessen Auflösung am 30.06.2001 - Befehlshaber des WBK V. Nach dreijähriger Verwendung als Divisionskommandeur übernahm Generalleutnant Oerding am 16.03.2004 das II. (GE/US) Korps und führte es bis zu dessen Auflösung am 07.10.2005.

Oder geht es nur um die Tatsache, dass die Bundeswehr im Einsatz ist, während Deutschland in tiefstem Frieden lebt? Hat es vielleicht damit zu tun, dass unsere Streitkräfte derzeit nicht im klassischen Sinne kämpfen, sondern eher unterstützen, beim Wiederaufbau helfen, durch Präsenz stabilisieren und Sicherheit gewährleisten? Ich denke, alle Ansätze zeigen in die richtige Richtung, wenn auch mit unterschiedlichem Ausprägungsgrad. Sie skizzieren den grundsätzlichen Rahmen und auch das Spannungsfeld, in welchem die Bundeswehr heute überwiegend ihre Aufgaben wahrnimmt und agiert, wobei die Grenzen flexibel sind. Unsere Armee ist vor allem deshalb seit Anfang der 90er Jahre im Umbruch, und dieser Umbruch ist ein noch lang anhaltender und sehr tief gehender Prozess.

Meine Damen und Herren,  
die Umgestaltung der Bundeswehr hin zu einer Armee im Friedenseinsatz ist nur vor dem Hintergrund des stetigen, zuweilen raschen, vor allem aber radikalen und schwer vorhersehbaren Wandels der Welt zu verstehen und nachzuvollziehen.

Einst Verteidigungsarmee im Kalten Krieg, haben wir heute Streitkräfte mit einem sehr breiten Aufgabenspektrum. Die militärische Handlung der Verteidigung im ganz ursprünglichen Sinne ist hierin eingeschlossen. Die inhaltliche Terminologie des Begriffes Verteidigung wurde konsequenterweise als Reaktion auf die veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen angepasst und um die Aspekte Helfen, Schützen und Retten erweitert.

Der primäre Auftrag der Bundeswehr hat sich dadurch prinzipiell aber nicht verändert. Genauso wie bisher soll sie den Schutz und die Sicherheit der Bürger sowie die Integrität und Souveränität unseres Landes gewährleisten. Aber: Der Friedenseinsatz der Streitkräfte steht heute mehr denn je im Vordergrund und ist somit ordnungsbestimmendes Kriterium.

An zwei Perspektiven möchte ich Ihnen den Wandel greifbar machen. Zum einen am Erleben des Einzelnen innerhalb der Bundeswehr und zum anderen mit dem Blick auf die Einsätze unserer Streitkräfte.

Ich habe vor nicht allzu langer Zeit einen Oberst aus dem Kreise der Offiziere des Ulmer Kommandos in den Ruhestand verabschiedet. Wie er traten viele andere Kameraden seines Alters, die heute pensioniert werden, Ende der 60er in die Bundeswehr ein. Mit anderen Worten: die aktiven 68er „sterben“ aus.

Diese Offiziere dürften an die 15 bis 20 Verwendungen durchlaufen haben. Am Beispiel des besagten Oberst wird der epochale Wandel deutlich, dessen Zeitzeugen wir sind:

- 1967 trat er in die Bundeswehr ein; in Vietnam herrschte Krieg.
- Als Fahnenjunker durften er und seine Kameraden 1968 wegen des Einmarsches der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei die Kaserne nicht verlassen.
- Im Dienstgrad Oberleutnant erlebte er, wie beginnend 1970 die Ostverträge und das erste Abkommen zur Begrenzung von Nuklearwaffen (SALT) unterzeichnet wurden.
- 1973 wurden die Bundesrepublik und die damalige DDR Mitglied in den Vereinten Nationen. Das selbe Jahr wurde durch den dritten Nahost-Krieg (Jom-Kippur-Krieg) überschattet.
- Als 1975 die KSZE Schlussakte unterzeichnet wurde, war er schon Hauptmann.
- Den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan 1979,

den NATO-Doppelbeschluss und die Wende von Kanzler Schmidt zu Kanzler Kohl erlebte er als Major. Damals musste er mit ansehen wie deutsche Kasernen blockiert wurden.

- Der historische Paradigmenwechsel begann, als Michail Gorbatschow zwischen 1985 und 1990 Generalsekretär der Sowjetunion war.
- Als Oberstleutnant war er dann 1990 Zeuge der Deutschen Wiedervereinigung und der Übernahme vieler NVA-Soldaten in die Bundeswehr.
- Am 12. Juli 1994 wurde er Zeuge der verfassungsrechtlichen Legitimation von Auslandseinsätzen der Bundeswehr im Frieden, festgestellt im Streitkräfteurteil des Bundesverfassungsgerichtes.
- Er sah das Ende des Warschauer Paktes, die ersten Friedenseinsätze der Bundeswehr und nahm mit Staunen zur Kenntnis, dass 1994 erstmals deutsche Soldaten zur Teilnahme an der Parade des 14. Juli auf den Champs Elysees eingeladen waren.
- 1999 erlebte er den Kampfeinsatz der Bundeswehr im Kosovo.
- Seit 2005 begegnete er im Kommando Ulm Offizieren und Unteroffizieren aus Staaten, deren Mitgliedschaft in der NATO früher undenkbar gewesen wäre. Aber den Abschluss des Wandels zur Bundeswehr im Friedenseinsatz konnte er in seiner aktiven Dienstzeit nicht erleben.

Sie sehen, welche historischen Veränderungen eine militärische Karriere sehr nah erleben durfte, wie tiefgreifend der Wandel war, vielleicht noch ist und auch sein muss und welche grundsätzlichen und auch mentalen Herausforderungen damit verbunden sind.

Meine Damen und Herren,

ich habe Ihnen die Veränderungen am Beispiel der Vita eines Einzelnen geschildert. Gemessen an den Einsätzen der Bundeswehr wird der Wandel für die Streitkräfte vielleicht aber noch deutlicher: Innerhalb der letzten 16 Jahre standen weit mehr als 200.000 Soldaten in Einsätzen der Bundeswehr. Bedenken Sie dabei: der größte Umfang unserer Streitkräfte besteht aus Grundwehrdienstleistenden, die nicht in den Einsatz verlegen.

Die freiwillig länger Dienenden, die Zeit- und Berufssoldaten, aber auch viele Reservisten mussten diese Aufgabe schultern. Viele sind zum dritten, vierten, fünften Mal im Einsatz. Die Einsatzmedaille der Bundeswehr als Auszeichnung und Anerkennung für die geleisteten Dienste wird mittlerweile nicht ohne Grund in Bronze, Silber und Gold verliehen. Wir dürfen dabei auch nicht verschweigen, dass seit 1991 mehr als 60 Soldaten im Ausland getötet wurden, zum Teil gefallen aufgrund direkter Angriffe auf Leib und Leben. Aber wir Bürger haben die Angewohnheit, dies immer sehr schnell zu vergessen. Deshalb möchte ich Ihnen einige dieser Einsätze ins Gedächtnis rufen.

Einen vorsichtigen Anfang hin zu Einsätzen im Ausland machte die deutsche Politik mit der Teilnahme der Bundeswehr an der UN Special Commission im Irak von 1991 bis 1996. Der Sicherheitsrat hatte diese Mission zur Kontrolle der ABC-Waffen im Irak beschlossen.

1991 beteiligte sich die Bundeswehr an zwei UN-Missionen in Kambodscha. Für zwei Jahre behandelten unsere Sanitäter in einem eigens dafür aufgebauten Feldlazarett 3.500 stationäre und 110.000 ambulante Patienten. Signifikant im Sinne des Wandels deutscher Sicherheitspolitik war schließlich der Einsatz in Somalia im Jahr 1993. Rund 1700 Soldaten des Heeres verlegten nach Belet Huen, 600 Marine-Soldaten und 120 Soldaten der Luftwaffe wurden in Djibouti und Mombasa sowie auf

hoher See eingesetzt. In diesem Zusammenhang erging bekanntlich das bereits erwähnte Streitkräfteurteil.

1995 wurde die NATO von der UNO mandatiert, in Bosnien und Herzegowina Konfliktparteien zu trennen und neue Feindseligkeiten zu verhindern. Dieser Schritt der VN war die Konsequenz aus der gescheiterten UNPROFOR-Mission, die aufgrund der Grenzen ihres Mandates schlicht überfordert wurde. Die Bilder vom Massaker in Srebrenica im Juli 1995 bleiben wohl jedem unvergessen.

Seit 1992 stehen Soldaten aus allen Teilen der Welt unter der Flagge der UNO, der NATO oder der EU in Bosnien und Herzegowina, ein Ende des dortigen Einsatzes ist bis heute nicht wirklich in Sicht. Die Bundeswehr leistete bis 2004 unter NATO-Führung und seitdem unter dem Dach der Europäischen Union einen substantziellen Beitrag zur Stabilisierung und Friedenssicherung auf dem Balkan. Insbesondere mit diesem Auftrag wurden erstmals klar die Grenzen des Einsatzes militärischer Kräfte deutlich.

Was genau war die Erkenntnis?

Militärische Präsenz allein kann nicht umfassende politische Lösungen erzwingen. Militärische Machtprojektion kann stabilisieren, Gewaltanwendung mit verhindern und in gewissem Maße auch Voraussetzungen für „Nation Building“ schaffen, mehr aber auch nicht. Zur Gesamtbefriedung ist viel mehr politisches Handeln erforderlich, ist der umfassende Ansatz, wie ihn das Weißbuch bezeichnet, notwendig. Ich werde auf diesen Punkt zurückkommen.

Nach dem menschenrechtswidrigen, systematischen Einsatz serbischer Streit- und Sicherheitskräfte gegen die Kosovo-Albaner nahm Deutschland 1999 erstmals an einer friedensschaffenden bewaffneten Operation der NATO teil. Auch dieser Einsatz dauert noch an. Insgesamt stehen auf dem Balkan heute knapp 3.000 deutsche Soldaten im Einsatz. (EUFOR 479, KFOR 2.251; Stand Ende September 2007)

Die Einsätze im Kongo und für den Libanon, aber auch unsere Beteiligung an der UN-Beobachtermission im Südsudan – bitte nicht verwechseln mit Darfur im Westen des Sudan – stehen als weitere Belege für den Wandel deutscher Sicherheitspolitik.

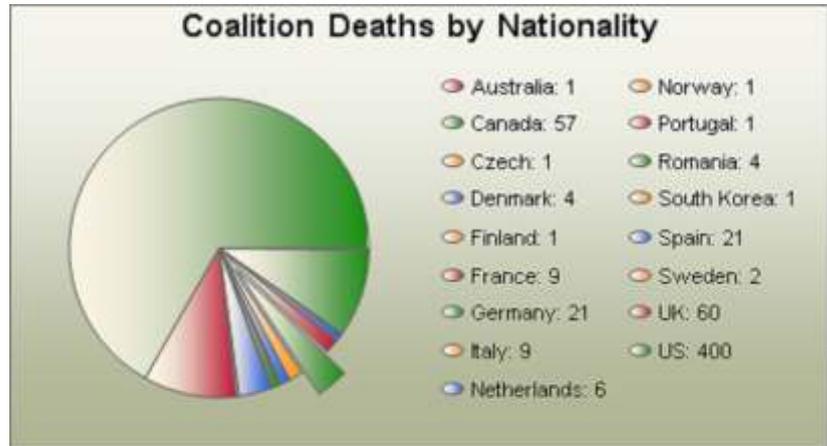
Mit den Angriffen auf die Vereinigten Staaten von Amerika am 11. September 2001 wurde der NATO-Bündnisfall festgestellt und damit unsere Bündnisverpflichtung. Die Bundeswehr beteiligt sich seitdem am Kampf gegen den Terrorismus im Rahmen der Operation Enduring Freedom. Bis heute ist die Marine mit zahlreichen Schiffen und Flugzeugen am Horn von Afrika im Einsatz und schützt die internationale Seefahrt vor terroristischen Angriffen. Der Schwerpunkt der deutschen Beteiligung an internationalen Militäreinsätzen liegt jedoch in der International Security Assistance Force. Rund 3.100 deutsche Soldaten leisten heute ständig in Afghanistan ihren Dienst, ein Großteil im Norden, andere im Raum Kabul.

Meine Damen und Herren,

dieser kurze Abriss der Historie deutscher Auslandseinsätze im Frieden ist vielen von Ihnen sicherlich recht vertraut. Wie ist es jedoch um das Wissen in der breiten Gesellschaft bestellt?

- Wissen Deutschlands Bürger eigentlich, dass die Bundeswehr nunmehr seit ca. 16 Jahren im Einsatz ist?

- Wissen sie, dass seit 1991 mehr als 200.000 Soldaten im Ausland waren und 60 Soldaten dabei ihr Leben verloren?
- Wissen sie, dass die Bundesrepublik jetzt in diesem Augenblick ihre Streitkräfte in zehn weltweiten Operationen in Afrika, Asien, Europa, im Mittelmeer und im



Indischen Ozean im Einsatz hat, um mit über 7.000 Soldaten zu stabilisieren, abzusichern, zu unterstützen, humanitäre Hilfe zu leisten, zu beobachten, zu überwachen, zu schützen?

- Wissen sie, dass wir zuzüglich Vorlauf, Nachlauf und einsatzfreier Zeit 40.000 Soldaten ständig, das heißt täglich, nur für diese Aufgaben brauchen?
- Wissen sie, dass fast 8.000 Soldaten, darunter auch jene meines Kommandos in Ulm, halbjährig in erhöhter Einsatzbereitschaft stehen, um für die NATO oder die EU jederzeit weltweit zu verlegen? Und wissen sie, welchen Friedenseinsatz und mit welchem äußerst positiven Ergebnisse die Bundeswehr im Namen des deutschen Souveräns seit vielen Jahren leistet, und was dies an Sicherheit bringt?

Ich mutmaße: bei einer Umfrage vor dem Ulmer Münster, aber nicht nur dort, würden Sie kaum jemanden finden, dem diese Dimension geläufig ist. Man würde sich sicherlich erinnern, dass vor etwa einem halben Jahr drei Soldaten und kurz darauf drei deutsche Polizisten in Afghanistan durch Anschläge getötet wurden – und viele Bürger würden sich wohl immer noch fragen, ob denn der Friedenseinsatz dort noch sinnvoll ist.

In der Bevölkerung sind die Mehrheitsverhältnisse seit Monaten stabil: je nach Umfrage plädieren zwischen 60 und 70 Prozent für eine Beendigung des Kriegseinsatzes und für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Ich unterstelle aufgrund meiner Erfahrung, dass viele Befragte ihre Antworten gaben, ohne den großen Bogen der deutschen und europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu kennen. Dies wäre wohl auch zu viel verlangt.

Aber: Darf dies zu Zurückhaltung, Bequemlichkeit und dem Vorherrschen eines gefährlichen Halbwissens führen? Es geht nicht darum, dass jeder Bürger ein sicherheitspolitischer Fachmann sein muss. Wir setzen uns jedoch meines Erachtens mit dem Friedenseinsatz der Bundeswehr in der Öffentlichkeit nur ungenügend auseinander. Die gesellschaftliche und politische Diskussion zu diesen Themenfeldern verlangt aber mehr Öffentlichkeit. Die umfassende Betrachtung des Einsatzes von Streitkräften als Teil einer Gesamtpolitik muss verständlich dargelegt werden.

Deutschlands Rolle, Aufgabe und auch Verantwortung in der EU und in der NATO müssen erläutert werden. Dabei ist es dringend erforderlich, deutlich und nachvollziehbar

darzulegen, welche Veränderungen im Gange sind, wie unmittelbar Deutschland von der Globalisierung der Krisen und Bedrohungen erfasst wird oder erfasst werden kann.

Die Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland stehen für ein „Einsatz- und Aufgabenspektrum, das im ‚freundlichen Desinteresse unseres Alltags‘ – mit diesen Worten hatte Bundespräsident Köhler bereits im Oktober 2005 den Zustand beschrieben – in der Öffentlichkeit schon seit längerem unterzugehen droht. Die Bundeswehr findet offensichtlich, wir mögen dies bedauern und auch für ungerecht halten, in erster Linie dann Beachtung, wenn es gilt, das Fehlverhalten Einzelner medienwirksam darzustellen oder über Tod und Verwundung von Soldaten zu berichten. Aber die Welt ist so, wie sie ist.

Dieses nach wie vor offenkundig gezeigte „freundliche Desinteresse“ des Bürgers bezieht sich, wohlwollend unterstellt, möglicherweise nur auf seine Meinung zur Notwendigkeit des jeweiligen Einsatzes der Streitkräfte. Hier wird dann oft schnell und unverzüglich ein pauschales Urteil in Zustimmung oder Ablehnung gefällt. Je unverteuteter der Befragte mit dem potentiellen Einsatzgebiet, desto eher ist eine ablehnende Haltung zu beobachten. Tatsächlich müssen wir aber alle zunächst das globale Sicherheitsrisiko an sich im Auge haben und an dieser Stelle die öffentliche Diskussion beginnen. Wir müssen uns der Sensibilität und auch Verletzlichkeit des Gesamtsystems bewusst werden. Es gilt zunächst, einen Überblick zu gewinnen und Gesamtzusammenhänge zu verstehen, bevor Einzelkonstellationen näher betrachtet werden.

Wir müssen Ursachen und Zusammenhänge erläutern, um dann das Risiko zu verdeutlichen und erforderliche Maßnahmen im Bewusstsein des Bürgers zu verankern. Es gilt letztendlich Botschaften zu vermitteln, und ich sehe uns alle hier als Multiplikatoren dieser Botschaften. Erst dann versteht sich die „Bundeswehr im Friedenseinsatz“ als Teil einer politischen Strategie.

Dazu – so meine ich – müssen in der Gesellschaft die Gründe und die Wirkung einer globalisierten und vernetzten Welt transparenter, verständlicher und vor allem erfahrbar gemacht werden.

Unsere Öffentlichkeit und jeder Bürger müssen wissen, dass die zielgerichteten Bedrohungen der Sicherheit sich heute nicht mehr an den Grenzen des eigenen Territoriums, nicht einmal notwendigerweise an den Grenzen der Europäischen Union ballen. Die Bedrohung kann sich an jedem Ort der Welt entwickeln und direkt in unser tägliches Leben hinein strahlen. Bedrohungen, Gefahren und daraus entstehende Herausforderungen kennen keine Grenzen zwischen Staaten oder Kulturkreisen.

Religiöser Fanatismus, Vernichtungsfundamentalismus entstehen irgendwo auf dem Globus, liefern aber über gut funktionierende Netzwerke frei Haus den Terror in unsere europäischen Städte. Ich denke, der im September verübte Terroranschlag in Deutschland, bei dem die Hintermänner offensichtlich aus Usbekistan heraus operierten, verdeutlicht dies.

Ethnische Säuberungen, durch Korruption, Tyrannei oder Fanatismus verursachte Armut, aber auch ideologisch begründete Bildungsarmut in Regionen völlig anderer Zeitzone verursachen Flüchtlingsströme, die sich unmittelbar in Europa auswirken können. Die Bilder der Flüchtlingsboote im Mittelmeerraum sind allen präsent.

Die Bedrohung oder Einschränkung des freien Handels haben spürbare Auswirkungen auf unsere wirtschaftliche Sicherheit. Wie empfindlich beispielsweise unser globales Finanzsystem ist, sehen wir nach der Erschütterung im September heute noch und wie sensibel unser System der

Energieversorgung ist, wird uns regelmäßig vor Augen geführt.

Noch greifbarer wird die globale Zerbrechlichkeit unserer Sicherheit, wenn man die Herstellung und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen betrachtet. Ich rede nicht nur von Nuklearwaffen, ich spreche auch von schmutzigen, billigen chemischen oder biologischen Waffen. Sie sind vielleicht in den Händen nicht-staatlicher Akteure und können sich zur unkontrollierbaren asymmetrischen Bedrohung entwickeln.

Als letztes, aber nicht abschließend, möchte ich auf hochintensive lokale Konflikte, die unbegrenzte Verfügbarkeit von Waffen, Bandenherrschaft in verrottenden Staaten, organisierte Kriminalität oder den Kampf um Zugang zum Wasser hinweisen; all das betrifft uns direkt. Ich könnte Ihnen zahlreiche Beispiele aus jüngster Vergangenheit nennen, wie sehr uns das hier, inmitten unserer friedlichen Gesellschaft betrifft.

Man kann es aber auch anders sagen: Im Zeichen der Globalisierung gehen eben nicht nur Nachrichten ohne Zeitverzögerung um die Welt, fließen nicht nur Güter „just in time“ um den Erdball – auch Konflikte sind schon lange nicht mehr lokal oder regional einzudämmen. (Wilfried von Bredow, Die Welt 1.6.07).

Nicht nur als sogenannter „Exportweltmeister“ steht Deutschland mit im Zentrum globaler Entwicklungen und ist den damit einhergehenden Gefahren und Bedrohungen ausgesetzt. Wir nehmen eine gewichtige Position im Netzwerk ein und gestalten dieses maßgeblich. Es ist somit zugleich auch unsere Pflicht und Verantwortung, uns aktiv mit sämtlichen Herausforderungen auseinander zu setzen. Diese Herausforderungen werden oftmals und mit kausalogischer Berechtigung in nichtmilitärische Risiken mit strategischer Bedeutung und militärische Risiken unterteilt. So können z. B. ökologischen Risiken, die derzeit aktueller denn je die politische Landschaft bestimmen, oder auch extremistischem Fundamentalismus, Wasserknappheit, Migration und organisierter Kriminalität nicht oder allenthalben in sehr eingeschränkter Weise mit militärischen Mitteln begegnet werden. Andererseits sind Informationsrisiken (Cyber-War), Terrorismus und Proliferation von Massenvernichtungswaffen akute Gefahren, bei denen vordergründig militärische Mittel zur Beseitigung oder Eindämmung beitragen können.

Sicherheitspolitik – so beschreibt es das Weißbuch und so beschreibt es auch das Gesamtkonzept der Bundesregierung unter dem Titel „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ – beschränkt sich demnach nicht nur auf die klassischen Felder der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Sicherheitspolitik erfordert die Einbeziehung und Verflechtung mit den Bereichen der Wirtschafts-, Umwelt-, Finanz-, Bildungs- und Sozialpolitik. Sie bedarf der Vernetzung sicherheitspolitischer Strukturen und ihrer wesentlichen Akteure. Die notwendigen Kompetenzen, Fähigkeiten und Mittel sind zumindest in Ansätzen in den jeweiligen Ressorts bereits vorhanden. Es gilt nunmehr, diese in Einklang zu bringen, aufeinander abzustimmen und die Aufgaben ressortübergreifend und gegebenenfalls auch in multinationaler Kooperation anzugehen; denn nur so lassen sich die Krisenursachen wirkungsvoll beseitigen. Keineswegs möchte ich hier den Eindruck von Gleichmacherei vermitteln oder die Aufhebung struktureller Grenzen und Zuständigkeiten propagieren. Vielmehr gilt es sehr genau abzuwägen, wie der Grad der Vernetzung sowohl in vertikaler als auch horizontaler Richtung ausgestaltet werden muss. Dies wird eine wesentliche Herausforderung, der es

sich aktiv zu stellen gilt. Die Beseitigung struktureller Krisenursachen wird, lassen Sie es mich so sagen, zur ressortübergreifenden Querschnittsaufgabe. Wir als Bundeswehr können dabei nur eine Masche von vielen in der Vernetzung sein.

Es irritiert schon, dass nach dem Tod deutscher Soldaten und Polizisten in Afghanistan nicht nur die Linkspartei und die Grünen, sondern auch andere politische Entscheidungsträger die Notwendigkeit des afghanischen Friedenseinsatzes der Bundeswehr in Frage stellen.

Natürlich sind die Selbstmordattentate gegen unsere Soldaten mit die schlimmsten Ereignisse, die uns widerfahren können. Deshalb muss man innehalten, sich sammeln und seine Ziele, Ansätze und Verfahren überprüfen. Es gilt, die Situation genauestens zu analysieren und nicht durch voreilige Entschlüsse falsche Signale zu setzen.

Aber welche Rahmenbedingungen haben sich eigentlich geändert? Gibt es heute Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Globalisierung der Bedrohung, von denen wir vor dem Tod der Soldaten und Polizisten nicht wussten?

Oder ist es vielmehr so, dass die politischen und strategischen Ziele der vernetzten Sicherheitspolitik und die sich daraus ergebenden Zwänge im öffentlichen Bewusstsein nicht präsent genug sind und deshalb Richtung und Überzeugung täglich neu diskutiert werden?

Meine Damen und Herren!

Die Globalisierung der Krisen sowie das gesamtstaatliche Sicherheitsverständnis haben auf die Bundeswehr erhebliche Auswirkungen. Einfach formuliert: wir müssen uns weiter anpassen; und dies umfassend, radikal und unter Zeit- und Ressourcendruck.

Die Bundeswehr ist daher Gegenstand einer umfassenden Transformation mit folgenden vier Eckpunkten:

1. Bedrohungen unserer Sicherheit muss Deutschland am Entstehungsort entgegenwirken. Vor diesem Hintergrund verstehe ich Dr. Struck mit seinem Wort der „Verteidigung am Hindukush“ und mit dem Blick auf das Gesamtkonzept der Bundesregierung.
2. Deutsches militärisches Engagement bleibt eingebettet in euroatlantischen Sicherheitsstrukturen. Globalisierung verbietet rein nationales Handeln.
3. Die Fähigkeit zu multinationaler Zusammenarbeit ist Voraussetzung für jeden Einsatz. Und:
4. Knappen Ressourcen müssen wir mit innovativen Ansätzen und internationaler Kooperation begegnen.

Vor diesen Eckpunkten möchte ich Ihnen die tief greifende Veränderung hin zur Bundeswehr im Friedenseinsatz erläutern. Diese Umgestaltung beeinflusst die Konzeption, sie führt zu veränderten Strukturen und schafft neue Organisationsformen, die sich nach innen, aber auch nach außen richten.

Strukturell wird der Wandel der Bundeswehr in der Schaffung von drei Krätekategorien greifbar:

- Mit Zuordnung und Ausstattung von so genannten Eingreifkräften werden die Streitkräfte zu schneller Krisenreaktion befähigt.

- Die Stabilisierungskräfte erlauben Deutschland die mittel- und langfristige Beteiligung an Operationen mit dem Ziel friedenserhaltender und politischer Stabilität.
- Mit der Aufstellung von Unterstützungskräften, der dritten Kategorie, wurden querschnittliche, aber auch Engpassfähigkeiten für alle Einsätze sowie den Grundbetrieb zentral verfügbar gemacht.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang aber auch deutlich betonen, dass die Zuordnung von Verbänden und Einheiten der Teilstreitkräfte zu den Krätekategorien nicht das Ziel verfolgt, mittel- oder auch langfristig die Teilstreitkräfte aufzulösen. Dies ist mitnichten der Fall. Eine Landoperation wird auch in Zukunft federführend durch das Heer und eine Seeoperation durch die Marine getragen. Mit anderen Worten: Die Kernkompetenz für Land-, Luft- und Seestreitkräfte bleibt bei den TSK.

Nicht neu, aber mit erheblich gewachsener Bedeutung hat die Bundeswehr ihre Kräfte der Operativen Information weiterentwickelt. Im Zuge der Globalisierung hat Information einen niemals zu unterschätzenden Stellenwert. Unsere Kräfte der Operativen Information nutzen das gesamte Spektrum der modernen Medienkommunikation. Sie bereiten im Einsatzland z.B. mittels Zeitung, Flugblätter und Rundfunk, aber auch mit Internetseiten oder durch Gespräche den Boden für die Akzeptanz des jeweiligen Einsatzes.

Der Einsatz beispielsweise in Kinshasa im Kongo letztes Jahr hat gezeigt, dass die Operative Information mit unserer Zeitung – alle drei Tage in französischer Sprache mit einer Auflage von 63.000 herausgegeben und jeweils von fünf bis zehn Bürgern der Stadt gelesen – die Grundlage für Akzeptanz und Vertrauen in die europäischen Kräfte seitens der Bevölkerung geschaffen hat.

Wenn in den Medien davon gesprochen wird, die „hearts and minds“ der Bevölkerung in positiver Hinsicht einzunehmen, liefert Operative Information hierfür einen wesentlichen Beitrag.

Gerade

- weil die Euro-Atlantische Politik ehrliche Ziele verfolgt,
- weil diese Politik der kritischen Betrachtung durch die Öffentlichkeit Stand halten kann,
- weil wir ehrliche Makler sind, ist Operative Information immer häufiger unsere schärfste Waffe.

Die Neuordnung verändert auch unser Ausbildungskonzept. Wir haben ein umfassendes Programm zur spezifischen Einsatzvorbereitung der Soldaten entwickelt, das



unter anderem die interkulturelle Kompetenz schärft, auf die Besonderheiten der rechtlichen Bestimmungen zielt, Handlungssicherheit in Stresssituationen schafft und mentale Vorbereitung auf Geiselnahme beinhaltet.

Auch im Bereich der materiellen Ausstattung zielt Transformation auf Einsatzorientierung, leider aber nicht flächendeckend, wie dies auch in den Medien oftmals zu recht kritisiert wird. Hier liegt auch zugleich die Herausforderung: Landesverteidigung verlangt die Modernisierung der klassischen Rüstung. Die Einsatzorientierung hingegen erfordert zusätzliche, zum Teil auch sehr spezielle Ausrüstung. Ich erinnere an den ersten Eckpunkt der Transformation: Bedrohungen muss Deutschland am Entstehungsort entgegenwirken – dies verlangt strategische Fähigkeiten. Zum einen hat die Bundeswehr seit kurzem Beobachtungssatelliten im Orbit als Beitrag zur weltweiten Aufklärung und Krisenfrüherkennung. Zum anderen ist das Flugzeug A 400 M ein solches strategisches Mittel. Aber wie innovativ sind wir? Braucht Deutschland den A 400 M oder brauchen europäische Streitkräfte den A 400 M? Lassen sich Synergien finden?



Wussten Sie übrigens, dass Estland im April und Mai dieses Jahres Ziel eines umfassenden Angriffs auf seine elektronische Infrastruktur war? Ein NATO-Mitglied, das plötzlich über einen Zeitraum von drei Wochen immer wieder für Stunden keinen Zugang hatte zu seiner netzwerk-basierten Kontrolle und Steuerung von Kommunikationssystemen, Bank- und Verwaltungswesen? Online-Banking fand nicht statt! Die Bundeswehr ist derzeit dabei, zur Abwehr solcher asymmetrischen Angriffe Kräfte für Computer-Netzwerkoperationen aufzustellen.

Multinationalität ist ebenso eine notwendige Ausprägung der immensen Veränderung unserer Streitkräfte. Multinationalität verlangt aber eine sehr ausgewogene Balance zwischen sicherheitspolitischen Interessen einerseits und dem Machbaren, dem Zweckmäßigen andererseits. Deutschland nimmt die damit einhergehenden Schwierigkeiten, nämlich eingeschränkte Interoperabilität, höherer Koordinierungsbedarf infolge unterschiedlicher nationaler Interessen oder infolge erhöhten logistischen Aufwands bewusst in Kauf. Kohärenz, die Manifestierung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), aber auch die Legitimität aufgrund der gemeinsamen Ziele aller beteiligten Nationen rechtfertigen diesen Schritt.

Lassen Sie mich auch den ressortübergreifenden Ansatz noch etwas deutlicher machen.

Die „Provincial Reconstruction Teams“ beispielsweise im afghanischen Kunduz und Feysabad sind regionale Wiederaufbauteams, in denen sich der ressortübergreifende Ansatz Deutschlands zur Unterstützung Afghanistans widerspiegelt. Diese Teams bestehen aus Vertretern des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums des Innern, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und aus der militärischen Komponente der Bundeswehr. Die wesentlichen Aufgaben der Teams sind zum einen die Unterstützung der afghanischen Regierung beim Aufbau und der Aufrechterhaltung der Sicherheit und zum anderen die Förderung des Wiederaufbaus von Administration, Sicherheitsstrukturen und Infrastruktur.

Ein wesentliches Wesensmerkmal ist die zivilmilitärische Doppelspitze. Vertreter des Auswärtigen Amtes und der Bundeswehr führen gemeinsam das PRT.

Das Konzept der PRT ist zwar keine deutsche Erfindung, jedoch in der vorliegenden Umsetzungsform in Afghanistan haben wir die Federführung. Viele NATO-Partner

haben uns um einen intensiven Erfahrungsaustausch gebeten, um dem deutschen Ansatz zu folgen. Wir geben hier offensichtlich ein gutes Beispiel.

Lassen Sie mich vor diesem Hintergrund den kritischen Anmerkungen des Generalsekretärs der Deutschen Welthungerhilfe, Herrn Hans-Joachim Preuß entgegen-treten. Ende Mai rügte er in Berlin die „erschreckende Unkenntnis der Bundeswehr über humanitäre Einsätze“ und bekräftigte diese Beobachtung mehrfach in den letzten Monaten. Weiter empfahl er, das Militär solle sich aus Entwicklungsaufgaben heraushalten. Soldaten wüssten nicht, wie man nachhaltig Brücken, Straßen oder Schulen baue. Daneben fehle den Bundeswehrangehörigen bisweilen die simple Erfahrung, dass es für Zivilisten oder Hilfspersonal „gefährlich sein könnte, sich mit Waffentragern sehen zu lassen“.

In zwei Punkten mag Herr Preuß Recht haben – die Bundeswehr ist kein Entwicklungshelfer und: es ist gefährlich im Einsatz! Nicht nur für Soldaten, sondern auch für zivile Entwicklungshelfer, wie uns die jüngsten Entführungsfälle deutlich vor Augen geführt haben. Ist aber nicht der im Weißbuch beschriebene ressortübergreifende Ansatz der richtige Weg? Sind denn die zuständigen Fachkompetenzen der Ministerien nicht gerade deshalb in den PRTs vertreten, um auch die Fähigkeiten der Bundeswehr für den nachhaltigen Friedenseinsatz mit zu koordinieren? Waren denn nicht die von uns geschaffene Fähigkeit zur zivilmilitärischen Zusammenarbeit sowie der ressortübergreifende Ansatz Forderungen mancher nichtstaatlicher Organisationen?

Ich verstehe auch das Dilemma einiger NGOs, einerseits unabhängig von Militärpräsenz helfen zu wollen, andererseits ohne ein wenigstens teilweise sicheres Umfeld kaum Hilfe leisten zu können. Hier habe ich eine klare Position: Es gibt keinen Ausweg aus diesem Dilemma. Koordination ist die einzige Antwort; wir müssen das gegenseitige Verstehen fördern, um Einsätze für alle Beteiligten so

effizient wie möglich zu machen. Vernetzung verlangt von der Politik zu koordinieren, aber auch alles zu tun, um Eifersüchteleien und Missverständnisse zu verhindern. Nicht harsche Kritik hilft hier weiter, vielmehr sehe ich die Notwendigkeit besserer Abstimmung und öffentlicher Diskussion. Die Bundeswehr hat dies immer wieder gefordert und bietet sich dazu an.

Meine Damen und Herren!

Ich habe versucht, Ihnen die Auswirkungen des Wandels an Struktur und Organisation zu verdeutlichen. Lassen Sie mich abschließend noch auf einen ganz anderen Aspekt des Wandels der „Bundeswehr im Friedenseinsatz“ aufmerksam machen – nämlich den einzelnen Soldaten.

- Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften von heute müssen gut ausgebildete und glaubwürdig auftretende Soldaten und Friedenshelfer zugleich sein.
- Sie müssen ein hohes Maß an innerer Flexibilität entfalten, um kämpfen und in unsicherem Umfeld humanitäre Hilfe leisten zu können. Eine gewaltige mentale Aufgabe!
- Sie müssen interkulturelle Kompetenz mit in den Einsatz bringen, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden.
- Sie müssen sogar in risikoreicher Umgebung ohne Sonnenbrille, ohne Helm, nur mit umgehängter Waffe und außerhalb geschützter Fahrzeuge auf gleicher Augenhöhe den Kontakt zur Bevölkerung herstellen und auch auf diese Weise für ein sicheres Umfeld sorgen.
- Sie müssen sich mit dem Anblick von Tod und Verwundung der lokalen Bevölkerung, vor allem aber ihrer Kameraden auseinander setzen und diese Bilder ein Leben lang mit sich tragen.

Während unsere Jugend in einem friedlichen, wohl organisierten, konsumorientierten Umfeld aufwächst, müssen dieselben jungen Männer und Frauen kurze Zeit später als Soldaten diesen Herausforderungen gewachsen sein und ihr Leben einsetzen.

Ich halte es für wichtig, dass eben nicht „freundliches Desinteresse“ dominiert, sondern die in der Öffentlichkeit diskutierte und mitgetragene Sicherheitspolitik äußere Grundlage für Einsätze der Bundeswehr wird. Einsatz von Streitkräften ist mehr denn je eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Ich kann Ihnen versichern, dass sich die Bundeswehr nach innen dieser Herausforderung stellt. Unsere Soldaten werden gut ausgebildet, lange vorbereitet und bringen sowohl die fachliche wie auch soziale Kompetenz mit in den Einsatz. Ich will aber auch nicht verschweigen, dass es zuweilen zu Entgleisungen kommt, aber diese sind die Ausnahme – auch wenn dies bisweilen anders dargestellt wird.

Ich möchte ein Missverständnis vermeiden. Mir geht es nicht darum, dass alle Medien, alle politischen Richtungen, alle Bürger Deutschlands unsere Einsätze mittragen müssen. In einer Demokratie kann man auch zu der Meinung gelangen, dass der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan weder ein Beitrag zur Terrorbekämpfung ist, noch in irgendeiner Weise die Drogenproduktion hemmt. Mir geht es darum, dass die öffentliche Diskussion überhaupt stattfindet.

Ich komme zum Schluss und möchte in vier Punkten zusammenfassen:

1. Die Bundeswehr im Friedenseinsatz ist eine völlig andere Armee als die Bundeswehr im Kalten Krieg. Das Krisenmanagement von heute verlangt kein anderes,

sondern ein erheblich erweitertes Fähigkeitsspektrum unserer Streitkräfte. Mit der Transformation der Bundeswehr gehen wir diese Herausforderung entschlossen an.

2. Streitkräfte sind mit ihren Soldaten Teil der Gesellschaft. Einsätze betreffen nicht nur den Staat, sie haben auch Einfluss auf den einzelnen Bürger, auf Vater, Mutter, Sohn, Tochter, Bruder und Schwester. Daher ist es geboten, ihren Einsatz und ihre Rolle zum Gegenstand öffentlicher Diskussion zu machen. Die gesellschaftliche Identifizierung mit dem Auftrag, aber auch gegebenenfalls die begründete Ablehnung von Einsätzen müssen in der Demokratie Niederschlag finden. Wir müssen dem „freundlichen Desinteresse“ entgegen wirken und das Bewusstsein schärfen für die Globalisierung der Krisen und wie ich ihnen begegnen kann und muss.
3. Die Bundeswehr im Friedenseinsatz legitimiert sich nicht selbst. Sie ist Werkzeug einer ressortübergreifenden, interdisziplinären und multinationalen Politik. Die Vernetzung der politischen, militärischen und zivilen Fähigkeiten muss vorangetrieben werden. Krisenursachen sind in der Regel mit militärischen Mitteln allein nicht zu beseitigen. Dem Einsatz ziviler Instrumente muss prinzipiell Vorrang vor demjenigen mit militärischen Mitteln gegeben werden. Eine effektive und effiziente Zusammenarbeit zwischen den Ressorts sowie mit staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen und Akteuren ist Grundvoraussetzung für erfolgreiche, krisenpräventive, konfliktlösende und friedenskonsolidierende Maßnahmen.
4. Unsere Soldaten sind gut. Ich kann Ihnen versichern, dass unsere Soldaten hervorragende Arbeit leisten – die Männer und Frauen im Einsatz sind super. Sie sind einem stetigen Wandel ausgesetzt; sie bewegen sich in andauernder Gefahr souverän; sie gewinnen die internationale Anerkennung und schaffen das Vertrauen vor Ort in die Leistung Deutschlands. Ich habe großen Respekt vor der Leistung dieser Truppe.



Wie alle Referenten erhielt auch Generalleutnant Jan Oerding (r.) aus der Hand der Landesvorsitzenden Oberstlt d.R. Michael Sihler (l.) und Brigadegeneral a.D. Wolfgang Kopp (M.) einen Geschenkkarton mit zwei Flaschen Wein: eine Flasche Württemberger und eine Flasche Badischer Wein.



Erwartung im Parkett (v.l.): Stadtrat Andreas Erlecke, Vizepräsident Oberstlt d.R. Burkhard Ehrlich, Ehrenlandesvorsitzender Oberst d.R. Dr. Roland Idler, Ehrenlandesvorsitzender Volksbund Präsident a.D. Norbert Schelleis



Generalleutnant Jan Oerding (r.) im Gespräch mit dem Landesvorsitzenden Oberstlt d.R. Michael Sihler (l.)



Generalsmedienbeauftragter (v.l.): Landesorganisationsleiter Oberstlt d.R. Siegfried Wittig sicherte sich für den Vortrag von Generalleutnant Jan Oerding die technische und mediale Unterstützung von Lt d.R. Thorsten Widmer



Stellvertretergespräch (v.l.): Der baden-württembergische stellvertretende Landesvorsitzende Oberstlt d.R. Ralf Bodamer im Gespräch mit dem bayrischen stellvertretenden Landesvorsitzenden Oberstlt d.R. Dr. Eberhard Grein



Neben den ehemaligen Landtagsabgeordneten (v.r.) LWissDir a.D. Dr. Gerhart Scheuer und Oberstlt d.R. Gerd Teßmer saßen der stellvertretende Landesvorsitzende Maj d.R. Karlheinz Würz, Landesschatzmeister StFw d.R. Jürgen Mezger und der Landesbeauftragte RAG-Schießsport Hptm d.R. Walter Hoss



Mitteuropäische Dreierunde (v.l.): Colonel(R) Jean-Francois Peltier, Oberstlt Ulrich Kirsch und Oberst i Gst Martin Vögeli

# Klaus-Dieter Frankenberger

## Wo verteidigen wir unsere Sicherheit?

### Zur Problematik militärischer Interventionen



Afghanistan, Kosovo, Bosnien-Herzegowina, Libanon, Horn von Afrika, Mittelmeer, Sudan, Georgien, im vergangenen Jahr fand sich auch noch Kongo auf dieser Liste von Einsatzräumen der Bundeswehr. Wer hätte vor – sagen wir – fünfzehn Jahren gedacht, dass heute deutsche Soldaten auf drei Kontinenten Dienst tun würden? Im Kongo oder in Sudan? Einen Dienst, der von der Rolle des Beobachters über Friedenssicherung bis nahe an die des militärischen Kampfeinsatzes heranreicht, voller Risiken, Belastungen und Unwägbarkeiten. Diese Unwägbarkeiten schließen auch die Prognosen über die Dauer des Einsatzes und seine Erfolgswahrscheinlichkeit ein. Afghanistan führt uns das fast jeden Tag vor Augen.

Nicht jede dieser Missionen hat mit unserem Thema zu tun, aber die Mehrheit eben doch, weil mit militärischen Instrumenten Ziele deutscher sowie europäischer und internationaler Politik erreicht werden sollen.

Deutschland, die Deutschen und die Bundeswehr haben einen zunächst langen, aber dann schnell abgekürzten Weg zurückgelegt, bis es soweit war. Es bedurfte natürlich erst des umstürzenden Ereignisses der deutschen Einigung und des Endes des Kalten Krieges, sodann aber einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die einen Einsatz der Bundeswehr jenseits der Bündnisgrenzen nicht länger

unter ein Verfassungsverbot stellte, an welches man bis dahin geglaubt hatte. Bald danach überstürzten sich die Ereignisse. Die Bundeswehr beteiligte sich am Luftkrieg gegen das Regime des Slobodan Milosevic, um einen Völkermord zu verhindern und um es einem Regionaldiktator zu verwehren, den Balkan und darüber hinaus Zentral-europa weiter zu destabilisieren. Wieder nur wenige Jahre später, nach einem neuerlichen Epocheereignis, dem "11. September", fanden sich deutsche Soldaten am Hindukusch wieder. Seither ist viel von deutscher Verantwortung die Rede.

Geographisch wie mental ist es, um ein Wort von General Klaus Naumann zu variieren, ein weiter Weg von Hindelang zum Hindukusch. Deutschland musste diesen Weg rasch beschreiten, ohne sich auf eine entsprechende politisch-militärische Kultur, wie etwa in Britannien oder in Frankreich stützen zu können, dafür mit viel historischer Skepsis im Gedächtnis. Mehr noch als das: Der Einsatz in Vorderasien ist zu einem Axiom deutscher wie westlicher Sicherheitspolitik ganz allgemein erhoben worden. Auch am Hindukusch verteidigen wir unter den Bedingungen von heute und mutmaßlich von morgen unsere Sicherheit. Diese Feststellung stammt, Sie wissen es, vom ehemaligen Verteidigungsminister Struck. Und diese Feststellung gilt noch immer, meiner Meinung nach nicht zu Unrecht, als Metapher wie im konkreten Fall.

Der Wandel des sicherheitspolitischen Paradigmas ist grundlegend: "Wir müssen Krisen und Konflikten rechtzeitig dort begegnen, wo sie entstehen, und dadurch ihre negativen Wirkungen von Europa und unseren Bürgern möglichst weitgehend fernhalten." Das hat Strucks Nachfolger Jung im vergangenen Jahr auf einer Konferenz in Berlin gesagt. Und das ist, wenn Sie so wollen, ein Berliner Echo auf den Wandel der NATO und die Ausweitung des Handlungsradius des Atlantischen Bündnisses. Heute kommt einem die Diskussion über die Zulässigkeit oder Nichtzulässigkeit von Einsätzen "out of area" anachronistisch vor, wie aus einem anderen Zeitalter. Und das ist ja auch so. Sie hat ihren Platz in einem anderen welt- und bündnispolitischen Zeitalter. Heute werden Bedrohungen, vor allem die asymmetrischen, vielleicht auch die traditionellen, zumindest vom Ansatz her dort bekämpft, wo sie entstehen, bevor sie uns direkt erreichen: Bevor sie unsere Sicherheit gefährden, unsere Existenz bedrohen, unsere Freiheit einschränken. Wo geographische Distanzen keine Rolle mehr spielen, wird militärische Sicherheit und Vorbeugung zu einem tendenziell globalen Geschäft. Ich wiederhole: zu einem globalen Auftrag.

Es liegt auf der Hand, dass darin die Gefahr der Überdehnung und der Überforderung steckt. Der Vorwurf einer neuen Interventionswut findet hier eine nicht zu leugnende Berechtigung. Allerdings sind es schon zwei paar Schuhe: dem islamistischen Terrorismus militärisch Rückzugs-, Aus-

---

Klaus-Dieter Frankenberger ist seit Februar 2001 verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Er studierte 1974 bis 1981 Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Amerikanistik an der Universität Frankfurt/Main; 1980 Aufenthalt an der Universität von Mississippi; 1981 Magisterexamen. 1982 bis 1985 Forschungsassistent am Zentrum für Nordamerika-Forschung, Universität Frankfurt/Main; 1985 bis 1986 "Congressional Fellow", Kongress der Vereinigten Staaten, Repräsentantenhaus, Washington, D.C.; 1990 "Marshall Fellow", Harvard-Universität, Cambridge, Mass.; 1997 Wodrow Wilson Campus Fellow, Saint Mary's College, Moraga, Ca. Seit 1986 Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, zunächst für Europa- und Internationale Politik, von Juli 1997 bis Januar 2001 zuständig für die Seite "Die Gegenwart".

bildungs- und Operationsräume zu verweigern, oder ethnische Milizen im Osten Kongos voneinander zu trennen und die Bevölkerung vor denen zu schützen. Clinton beispielsweise wurde vorgeworfen, er habe viel zu oft ein paar Cruise missiles geschickt, aber in Ruanda eine Intervention verweigert. Eine solche Alternative ist ein Verhängnis, aus dem man nicht oder nicht leicht enttrinnen kann; es berührt die Kernfrage nach den Interessen und die Begründungen für militärisches Eingreifen und ihrer Verweigerung.

Warum intervenieren wir, warum sollten wir es tun? Warum tun wir es nicht und warum scheuen wir davor zurück?

Die Sicherheitspolitik Deutschlands wird von dem Ziel geleitet, die Interessen unseres Landes zu wahren. Dieser Satz aus dem Weißbuch des Bundesministeriums der Verteidigung ist fundamental, allerdings auch etwas banal. Zu diesen Interessen zählt das Weißbuch unter anderem auf:

- Recht und Freiheit, Demokratie, Sicherheit und Wohlfahrt für die Bürger unseres Landes zu wahren und sie vor Gefährdungen zu schützen;
- die Souveränität und die Unversehrtheit des deutschen Staatsgebietes zu sichern;
- regionalen Krisen und Konflikten, die Deutschlands Sicherheit beeinträchtigen können, wenn möglich vorzubeugen und zur Krisenbewältigung beizutragen;
- globalen Herausforderungen, vor allem der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus und der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, zu begegnen;
- zur Achtung der Menschenrechte und Stärkung der internationalen Ordnung auf der Grundlage des Völkerrechts beizutragen;
- den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstands zu fördern.

Diesen Kanon der sicherheitspolitischen Ziele Deutschlands können wohl die meisten akzeptieren. Aber damit ist noch nicht die Frage hinreichend, eindeutig und überzeugend beantwortet, wann und wo dazu das Militär, die Bundeswehr, eingesetzt werden soll, warum also die Verantwortlichen eine militärische Intervention beschließen und wann sie auf andere Mittel setzen. Um ein konkretes Beispiel zu nennen: Wir haben uns an der Intervention auf dem Balkan beteiligt, den Konflikt in Dafur, der unzweideutig die Qualität eines Völkermords hat, wollen wir auch nach Jahren noch mit diplomatischen Mitteln regeln. (Die Afrikanische Union ist nicht ernst zu nehmen.) An einen robusten Einsatz in Sudan denkt kein Politiker, der Verantwortung trägt; zu derlei rufen allenfalls Nichtregierungsorganisationen, grüne Politiker und Journalisten auf.

Offenkundig werden also Prioritäten gesetzt, was völlig legitim ist, offenkundig gibt es eine Hierarchie von Zielen und Interessen, und da rangiert das nationale Interesse der physischen Unversehrtheit weiterhin ganz oben. Aber auch dann ist noch nicht entschieden, welcher Instrumente sich die Politik bedient. Klar ist jedoch, dass das militärische Instrument heute allgemein und abstrakt akzeptiert ist, wie das in der Geschichte der Bundesrepublik vielleicht so noch nicht der Fall war, dass Sicherheitspolitik heute großzügiger interpretiert wird. Auch fahrlässig großzügig? In Teilen der Bevölkerung scheint man diesen Eindruck zu haben. Es gibt eine Krise irgendwo auf der Welt, und wir schicken deutsche Soldaten hin. Die Diskussion um die Abschaffung der Wehrpflicht wird zum Teil ja auch von der Vermutung gespeist, dass die Politiker weniger Skrupel hätten, Berufssoldaten auf Auslandseinsätze zu schicken. Ich persönlich teile diese Befürchtung nicht. Der Vergleich mit Großbritannien, Frankreich oder mit den Vereinigten Staaten ist nur bedingt tauglich.

Es ist verschiedentlich von der Politik und von der Wissenschaft versucht worden, Kriterienkataloge zu entwickeln, mit deren Hilfe Entscheidungen über Auslandseinsätze der Bundeswehr quasi systematisiert und von Zufällen und sachfremden Erwägungen geschützt werden sollen. Der CDU-Außenpolitiker Dr. Andreas Schockenhoff zum Beispiel hat zehn Kriterien genannt: Sie reichen vom völkerrechtlichen Rahmen, der Bedeutung des Konflikts für Deutschlands Interessen über die Aussichten einer militärischen Operation, den Auftrag zu erfüllen, die Risiken des Einsatzes und die Exit-Strategie bis zur Leistungsfähigkeit der Bundeswehr hinsichtlich ihrer Kapazitäten. Die wesentlichen Kriterien in Schockenhoffs Katalog sind Interessengefährdung, das scheint mir das Wesentliche zu sein, Mandat, Erfolgsaussichten und Mittel.

Dass er diesen Katalog überhaupt entwickelt hat, lag vermutlich auch an dem Unwohlsein, das er und andere empfunden haben wegen der Art und Weise, wie der Kongo-Einsatz zustande kam. Wenn es stimmt, dass diesem Einsatz ein Versprechen zugrunde lag, das die Bundeskanzlerin Merkel dem damaligen französischen Präsidenten Chirac gegeben haben soll, dann wären allerdings einige Fragen zu stellen. Dass schnell der Rohstoffreichtum des Landes als Begründung nachgeschoben wurde, nicht aber der ganz richtige Hinweis, einen bestimmten Kandidaten bei der Präsidentenwahl unterstützen zu wollen oder den Einsatz als Test gegenüber einer skeptischen Bevölkerung vorzunehmen, dass eine Mission auch wie versprochen beendet werden kann, ist ziemlich abenteuerlich. Aber natürlich werden auch künftig Entscheidungsprozesse über deutsche Militäreinsätze nicht oder mindestens nicht völlig von sachfremden oder sekundären Erwägungen freigehalten werden können; es können dynamische Prozesse entstehen, die dann nicht mehr zum Halten gebracht werden können. Der amerikanische Somalia-Einsatz ist ein Beispiel hierfür, das denn auch in einem Fiasko endete. Aber ob einen das nun überzeugt oder nicht: In der Politik werden immer mehrere Ziele, Motive und Erwägungen miteinander verknüpft. Nur selten gibt es klare Hierarchien und Eindeutigkeiten. Mit anderen Worten: Kriterien für Einsätze sind hilfreich, ja nötig, aber sie sind kein Checklisten-Ersatz für die politische Entscheidung im konkreten Fall.

Vor ein paar Wochen hat die Evangelische Kirche in Deutschland vor einer Ausweitung der Bundeswehreinsätze gewarnt. Die bisherigen Erfahrungen mit militärischen Interventionen unter deutscher Beteiligung (Kosovo, Bosnien, Afghanistan) und die Lage im Irak zeigten, dass Rechtsstaatlichkeit und Demokratie Ländern mit anderen Gesellschaftsstrukturen und Traditionen nicht aufgezwungen werden könnten. Zu dieser Pauschalkritik gäbe es einiges zu sagen: Der amerikanische Irak-Krieg und das Einschreiten gegen serbische Vertreibungspolitik folgen nicht derselben Logik. Und was Bosnien anbelangt, so wurde meiner Meinung nach viel zu spät interveniert; die Lage dort ist halbwegs stabil. Und überdies müssen die Kosten und Folgen einer Intervention zumindest analytisch gegen die Kosten und Folgen einer Nichtintervention gestellt werden, zumal in einer Region, die nur eine Flugstunde von Deutschland entfernt ist und aus der Hunderttausende Vertriebene stammen.

Aber drauf will ich gar nicht hinaus. Was die Denkschrift der EKD auch wiedergibt, ist eine sich verbreitende Skepsis gegen Auslandseinsätze im Allgemeinen und offenkundig gegen den in Afghanistan im Besonderen. Die Skepsis, die ich im Prinzip für gut halte, schlägt in offene Ablehnung um, je konkreter und ausgeprägter die militärische Komponen-

te ist: Feuerlöschen wird akzeptiert, eine irgendwie geartete Combat-Rolle umso mehr missbilligt, je größer Gewicht und Sichtbarkeit Amerikas an der Gesamtoperation ist. Letzteres kompliziert die Bündnisfähigkeit Deutschlands erheblich.

Vor zwei Jahren hießen noch 46 Prozent der befragten Deutschen Auslandseinsätze der Bundeswehr gut; heute sind es nach einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach nur noch 29 Prozent. Eine andere Zahl, die in die gleiche Richtung weist: Nach einer Umfrage der Zeit seien mittlerweile 62 Prozent der Deutschen davon überzeugt, dass die Beteiligung der Bundeswehr in Afghanistan eher falsch sei, nur 34 Prozent halten danach die Beteiligung für eher richtig. Noch einmal zur Erinnerung: Es ist ja in Afghanistan, wo wir auch unsere Sicherheit verteidigen. Aber offenkundig ist die Lage an der Heimatfront mittlerweile mindestens so prekär wie die uns berichtete in Afghanistan.

Erlauben Sie mir, hierauf etwas näher einzugehen.

Afghanistan war die Plattform, von der aus der islamistische transnationale Terrorismus seine verheerenden Schläge gegen die westliche Welt geplant, koordiniert und gesteuert hat. Es gibt vermutlich nicht einen einzigen arabischen und südasiatischen Terroristen der ersten Al Qaida-Generation, der nicht einen Teil seiner Ausbildung zum Dschihadisten in Afghanistan absolviert hätte. Die Kontrolle über dieses Land mit seinem nicht viel weniger prekären Nachbarn Pakistan im Osten durch die Taliban war eine Voraussetzung für ihre Operationen. Es war und ist ein richtiges Ziel westlicher Politik, ihnen diese Kontrolle zu nehmen und eine Rückkehr zum Status quo ante zu verhindern. Dazu ist die militärische Präsenz unerlässlich, sie ist Voraussetzung für eine vernünftige Entwicklung.

Auf folgende Punkte kommt es an:

1. Wenn unsere Sicherheit auch am Hindukusch verteidigt wird, es also quasi um ein vitales nationales Interesse geht, dann müssen wir diesem Ziel die entsprechenden Mittel zuordnen und ihm die entsprechende politische Priorität zubilligen. Es ist eigentlich ein Skandal, dass Politiker in vielen NATO-Ländern militärische Mittel zusagen, diese dann aber angesichts eines schwierigeren innenpolitischen Umfeldes und eines komplizierten, unübersichtlichen und gefährlichen Schauplatzes nicht gewähren. Und dann können wir uns nicht immer die am wenigsten robusten Missionen aussuchen, ob in Vorderasien, am Horn von Afrika oder im östlichen Mittelmeer. Ich weiß, dass dies eine heikles Thema ist, weil es in der Praxis ja darauf hinauslaufen könnte und aus Kanada und Britannien hört man dies ganz offen, dass auch die Deutschen mehr Blut vergießen sollten. Was wiederum die Ablehnung in der Heimat steigern würde. Aber manches Dilemma lässt sich nicht einfach auflösen. Wenn es uns wirklich wichtig ist, dann müssen wir alles dafür tun, um unsere Ziele zu erreichen und uns nicht mit Halbherzigem begnügen. Wenn es stimmt, dass nur ein Bruchteil der deutschen Soldaten jemals ihre Compounds verlassen haben, dann fragt man sich wirklich, ob die Politik es ernst meint. Die darf dann auch nicht den Soldaten Einsatzregeln mit auf den Weg geben – das gilt nicht für Afghanistan, aber beispielsweise für die Seepatrouillen vor Ostafrika –, die einer militärischen Selbstbindung gleichkommen, also das Erreichen der Ziele erschweren und uns, nebenbei gesagt, auch noch das Kopfschütteln unserer Bündnispartner eintragen. Dass wir uns im östlichen Mittelmeer engagieren, finde ich im Allgemeinen richtig. Aber ich muss auch zugeben, dass es nicht bekannt ist, dass der Waffennachschub für die Hiz-bullah jemals über See abgewickelt worden wäre. Manchmal

sind symbolische Aktionen immanent politisch, manchmal sind sie auch fadenscheiniger Aktionismus, während anderen die gefährlicheren Einsatzorte überlassen werden.

2. Die Ziele müssen realistisch sein. Die Herzen und den Verstand der Afghanen zu gewinnen, ist für sich genommen ja nicht falsch. Aber wir wissen alle, dass eine islamische Stammesgesellschaft nicht morgen und auch nicht übermorgen eine vollendete demokratische Regierungsform haben wird; dass Kollateralschäden auch bei bestem Willen nicht zu vermeiden sind; dass irgendwann jede ausländische Truppe als Besatzungsmacht empfunden wird. Wir sind in Afghanistan, ich sage das noch einmal, in erster Linie zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus, nicht primär zu einer bewehrten Entwicklungshilfe. Soldaten der Bundeswehr sind in erster Linie Soldaten. Dass militärische Ziele taktisch immer im Lichte der Entwicklungen angepasst und modifiziert werden, versteht sich von selbst. Aber am strategischen Auftrag darf kein Zweifel bestehen.

3. Und diesen Auftrag muss die Politik viel offensiver vertreten, wenn sie davon überzeugt ist. Die Skepsis der Bürger ist nicht unüberwindbar. Es bedarf – neudeutsch gesprochen – leadership, einer Führungsverantwortung, welche den Bürgern wie den Soldaten immer wieder klar macht, warum man welchen Einsatz für richtig hält, was man erwartet, dass Verluste nicht auszuschließen sind, dass die Forderung nach einer Exit-Strategie zwar zu jeder Einsatzplanung gehört, in der Praxis aber so nicht zu verwirklichen ist. Je mehr man sich auf die Beendigung und die eigene Sicherheit kapriziert, desto mehr stellt man die Mission selbst in Frage und desto nagender werden die öffentlichen Zweifel. Dass der damalige Verteidigungsminister Scharping für den Balkan-Einsatz früh eine Dauer von Jahrzehnten veranschlagte, war realistisch und mutig. Dafür die Unterstützung und das Verständnis der, wie gesagt, misstrauischen und skeptischen Bürger zu erhalten, ist eine Führungsaufgabe ersten Ranges. Der Kampf um die "hearts and minds" muss auch bei uns geführt werden. Die Bürger fragen zu Recht, ob sich der lange und gefährliche Einsatz lohnt, ob etwas dabei herauskommt. Ob erreicht wird, was erreicht werden soll. Ob die gewählte Strategie die richtige ist. Ob überhaupt die militärische Option die richtige ist und man nicht eher andere Instrumente wählen soll. Manchmal wird man auf diese Fragen und Bedenken die Wahrheit sagen müssen: Dass wir es nicht wissen, noch nicht wissen. Und allemal in einem Land, das ebenso instabil wie uns kulturell fremd ist, müssen wir aufbringen, was der schwedische Außenminister Carl Bildt "strategic patience" nennt. In den modernen Mediendemokratien ist diese strategische Geduld freilich ein sehr knappes Gut. Und die Feinde des Westens wissen damit gut umzugehen, indem sie das inner-westliche Unbehagen an der afghanischen Operation und der in Europa verbreitete Unmut über die Regierung Bush und die Art der amerikanischen Kriegführung sich zunutze machen wollen: Osama bin Ladins Appell an die europäischen Öffentlichkeiten, die eigenen Truppen aus Afghanistan abzuziehen, ist ein Versuch der Spaltung der NATO und der Trennung der Europäer von den Amerikanern. Es wäre fatal, wenn einem solchen Versuch süßer Erpressung nachgegeben würde. Ich weiß, es gibt nicht wenige, die das nur allzu gerne täten.

Das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts war weltpolitisch äußerst turbulent. Wer jemals von Friedensdividenden geträumt hatte, dürfte schnell aus diesem Traum aufgeschreckt sein. Der Welt des 21. Jahrhunderts wird es nicht



Beitrag aus den Generalsrängen: Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen (stehend) zur Problematik militärischer Interventionen. Daneben Brigadegeneral Manfred Hofmeyer, Stellvertretender Kommandeur der 10. Panzerdivision.

nicht mit einem Kampfeinsatz, will ich selbst eine Bemerkung entgegenstellen, die vom NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer stammt. Man weiß nie, ob aus einem kleinen Feuerchen nicht einmal ein großer Brand werden kann. Mit anderen Worten: Wenn man nicht früh das Feuer austritt, wird es sich ausbreiten, und dann werden die Gefahr und der Löscheinsatz später umso größer. Aber muss man deshalb

an Herausforderungen, an Risiken und Bedrohungen mangeln. Darauf müssen wir uns vorbereiten. Genauso wie wir darauf vorbereitet sein müssen, dass weitere Anfragen nach militärischen Beiträgen an uns gerichtet werden dürften, auch in geographischer Ferne. Trotz der politischen Bereitschaft und der wiederholten Bekundungen, weltpolitische Verantwortung zu übernehmen, wird Deutschland auch Nein sagen müssen: weil die Bürger, die ohnehin nicht recht einsehen, was wir etwa in Afrika verloren haben, ihre Zustimmung entziehen; weil wir die Bundeswehr nicht überfordern dürfen und zwar unabhängig davon, dass sie angemessene, zukunftsgerechte Ausstattung verdient; und weil wir Prioritäten setzen müssen und nicht der Interventionitis erliegen dürfen – ob uns oder anderen dies gefällt oder nicht.

Aber dieser Mahnung, nicht auf jeden Konflikt mit einem militärischen Stabilisierungseinsatz zu reagieren, wenn

immer und überall früh eingreifen?

Als ich den Satz aus dem Mund de Hoop Scheffers zum ersten Mal hörte, hat er mich sehr nachdenklich gestimmt, weil er mich an die ersten Jahre der jugoslawischen Nachfolgekriege erinnert hat: Was wäre gewesen, wenn die NATO früher, beherzter, entschlossener und robuster reagiert hätte? Wie viele Menschen hätten vor dem Tod gerettet werden können? Hätte sie das tun müssen? In den westlichen Demokratien ist militärische Intervention nichts, was leichtfertig unternommen wird, auch nicht in Amerika oder in Britannien, wo es eine andere strategische Kultur gibt und ein historisch weniger belastetes Verhältnis zu militärischer Gewalt. Es ist gut, dass es bei uns diese Zurückhaltung gibt. Aber wenn sich die Politik zum Eingreifen entschlossen hat, dann soll sie es mit dem gebotenen Nachdruck und mit der nötigen Entschlossenheit tun. Damit nicht unsere Gegner triumphieren.



Für die Badischen Neuesten Nachrichten berichtete in diesem Jahr nicht Oberstlt d.R. Dr. Johannes Leclerque, da er wegen eines Termins in München verhindert war. Daniel Streib (r.) übernahm diese Aufgabe, hörte bei Vortrag und Diskussion zu, befragte den Landesvorsitzenden Oberstlt d.R. Michael Sihler (l.) und ...



... erstellte vor Ort den Text (siehe Seite 30).

# Armee im Einsatz

## 14. Internationaler Sicherheitspolitischer Kongress in Karlsruhe

Bereits am Umgang mit den Themen zum Kongress und den einzelnen Vorträgen lassen sich die Probleme der behandelten Sachverhalte aufzeigen: So wurde vorgeschlagen, dem Kongressthema „Armee im Einsatz – Gesellschaft im Frieden, ein Missverhältnis?“ mit unterschiedlicher Verwendung des Fragezeichens oder mittels Ausrufezeichen eine umfassendere Fragestellung oder Aussage zu geben.

Wirklich geändert wurde das im Programm angekündigte Vortragsthema „Armee im Einsatz“. Es blieb nicht derart kurz und kernig, sondern wandelte sich in „Bundeswehr im Friedenseinsatz“. Generalleutnant Jan Oerding, Befehlshaber Kommando Operative Führung Eingreifkräfte, legte zu Beginn seines Vortrages klar, dass dies den Sachverhalt besser trifft und unterschiedliche Ausdeutungen gewollt sind. Am Beispiel eines kürzlich aus dem Ulmer Kommando in den Ruhestand verabschiedeten Oberst zeigte er den Aufgabenwandel in der Bundeswehr auf und beschrieb die Bundeswehreinsetze im Irak, in Kambodscha, Somalia, Bosnien, Herzegowina, im Kosovo, Kongo, Libanon und Süd-Sudan.

### Im Lande des Exportweltmeisters

„Im Zeichen der Globalisierung gehen eben nicht nur Nachrichten ohne Zeitverzögerung um die Welt, fließen nicht nur



Zur Macht der Worte die Macht der Bilder: Parallel zu seinem Vortrag ließ Generalleutnant Jan Oerding eine Bildfolge zu „Bundeswehr im Wandel“ ablaufen

Güter 'just in time' um den Erdball – auch Konflikte sind schon lange nicht mehr lokal oder regional einzudämmen“, hob der General hervor. Besonders im Lande des Exportweltmeisters seien den Bürgern nicht nur Ursachen und Zusammenhänge zu erläutern, um dann das Risiko zu verdeutlichen, sondern auch die erforderlichen Maßnahmen im Bewusstsein des Bürgers zu verankern. Operative Information mittels Zeitung, Flugblätter und Rundfunk, aber auch mit Internetseiten oder durch Gespräche, ist in den Einsatzländern von wachsender Bedeutung.

### Militärische Verstärkung allein nicht hinreichend

Zusammenfassend machte Oerding klar, dass die Bundeswehr im Friedenseinsatz eine völlig andere Armee ist als im Kalten Krieg, aber die Streitkräfte mit ihren Soldaten weiterhin Teil der Gesellschaft sind und bleiben. Leisten unsere Soldaten auch eine hervorragende Arbeit, so reicht dies allein in den Einsatzgebieten keineswegs aus. Der Wandel der Bundeswehr erfordert wohl auch einen Wandel an den Schnittstellen. 50 Jahre bewährte Aufgabengliederung der Ministerien seien noch kein sicheres Erfolgskonzept für die Zukunft. Die derzeitige Vernetzung ist noch nicht hinreichend.

Bereits am Vortage hatte Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen zum Thema „NATO und EU im 21. Jahrhundert – Krisenbewältigung: Fortsetzung des politischen Verkehrs

unter Einmischung (militärischer) Mittel“ referiert. Zwar tut die Klammerung im Untertitel etwas weh, aber damit schlug er einen Bogen von seiner letzten aktiven Verwendung als „Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO in Brüssel“ (2000 bis 2006) zum Präsidenten der Clausewitz-Gesellschaft (seit 2006). Unschwer erkennt man im Untertitel den Bezug zum meistzitierten Satz – eigentlich eine zusammenfassende Überschrift – von Carl von Clausewitz: „Der Krieg ist

eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ aus seinem hinterlassenen Werk „Vom Kriege“. Wäre aktuell es auch hilfreich, wenn



Vorsitz wörtlich genommen: Der Vorsitzende der Landesgruppe Baden-Württemberg, Oberstlt d.R. Michael Sihler (r.), und der Landesvorsitzende der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V., Brigadegeneral a.D. Wolfgang Kopp (l.), bei der Überleitung zwischen den Vorträgen und Diskussionen

die geplanten Truppenstärken und Mittel an den verschiedenen Einsatzorten wirklich eingesetzt werden würden, so würde eine angedachte Verdoppelung der Truppen oder auch weitere militärische Verstärkung allein nicht hinreichen. Auf Frage nannte Dr. Olshausen die Schulen als ein Erfolg versprechendes Aufgabengebiet. Rein europäische Lösungen müssen aber nicht greifen, wenn beispielsweise die Afghanen sich grundsätzlich anders organisieren und Entscheidungen herbeiführen.

### Politische Entscheidungen – militärische Optionen

Mit seinem Vortrag „Einsatz für den Frieden aus der Sicht der Soldatinnen und Soldaten – Ausgewählte Ergebnisse der Mitgliederbefragung des Deutschen Bundeswehrverbandes“ stellte Oberstlt Ulrich Kirsch als Stellvertreter der Bundesvorsitzender des Bundeswehrverbandes die Befindlichkeit der Einsatzsoldaten in Sachen Berufszufriedenheit dar. Zwar gibt es durchaus Zufriedenheit und Probleme mit erfolgreichen oder anstehenden Lösungen, aber auf Grund der jahrelangen Unterfinanzierung der Bundeswehr auch Zustände, die nicht mehr als hinnehmbare Härte zu sehen sind, sondern verhängnisvolle Fehlentwicklungen darstellen.

Weniger mit dem Innenleben als vielmehr mit der Entscheidungsfindung und der Außen-

wirkung beschäftigte sich Klaus-Dieter Frankenberger, Redakteur für Politik bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, in seinem Vortrag: „Wo verteidigen wir unsere Sicherheit? Zur Problematik militärischer Interventionen“. Der Erwartung, dass er als Journalist die Situation besonders gründlich hinterfragt, genügte er in besonderem Maße. So wies er darauf hin, dass es zu Waffentransporten in den Libanon über See keine Informationen gebe, die als einziger Grund

einen deutschen Marineeinsatz erfordern oder lohnen. Andererseits gibt es vermutlich keinen „einzigen arabischen und südostasiatischen Terroristen der ersten Al Qaida-Generation, der nicht einen Teil seiner Ausbildung zum Dschihadisten in Afghanistan absolviert hätte“. Jeder Einsatz ist sorgfältig zu überdenken. „Aber

wenn sich die Politik zum Eingreifen entschlossen hat, dann soll sie es mit dem gebotenen Nachdruck und mit der nötigen Entschlossenheit tun, damit nicht unsere Gegner triumphieren.“

### Untrennbare Sicherheitspolitik

Die Zusammenfassung, wie tags zuvor die Einführung, oblag Brigadegeneral a.D. Wolfgang Kopp, dem Landesvorsitzenden der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V. Da eine eingehende sicherheitspolitische Diskussion in der Gesellschaft nicht stattfindet und es an Nachhaltigkeit bei der Information mangle, seien Multiplikatoren und Veranstaltungen wie diese weiterhin und verstärkt notwendig. Hilfreicher als der Versuch Sicherheitspolitik nach Innen und Außen zu trennen, seien Anstrengungen zu der notwendigen Vernetzung.

Johann Michael Bruhn

Mit Carl von Clausewitz „Vom Kriege“ und „The U.S. Army/Marine Corps Counterinsurgency Field Manual“ zum Vortrag bereit: Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen (vorn rechts) neben Oberstlt Ulrich Kirsch (M.)



# NEUESTE NACHRICHTEN

## „Berufsarmee birgt Sicherheitsrisiken“

**Reservisten warnen auf Kongress in Karlsruhe vor Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht**

Von unserem Mitarbeiter  
Daniel Streib

**Karlsruhe.** Auf ihrem 14. Sicherheitspolitischen Kongress am vergangenen Wochenende in Karlsruhe haben der Deutsche Reservistenverband (VdRBw) und die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik (GfW) vor den Folgen eines Wegfalls der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland gewarnt.

Am Rande der traditionellen Tagung von Sicherheitsexperten sowie ehemaligen und aktiven Bundeswehrangehörigen, sagte der baden-württembergische GfW-Landesvorsitzende Wolfgang Kopp: „Wird die Wehrpflicht abgeschafft, muss dringend über eine Kompensation gesprochen wer-

den. Eine geschwächte Berufsarmee mit wachsenden Aufgaben birgt Sicherheitsrisiken.“ VdRBw-Landesvorsitzender Michael Sihler ergänzte: „In anderen Ländern wird die Abschaffung der Wehrpflicht inzwischen bedauert.“ So habe Frankreichs Militär - seit 2003 Freiwilligenarmee - derzeit Nachwuchsprobleme.

Dass das seit 1956 bestehende Wehrpflichtgesetz nach dem Ende der Großen Koalition fallen könnte, gilt unter vielen Kongressteilnehmern als ausgemacht. Oberstleutnant Ulrich Kirsch vom Bundeswehrverband (DBwV) begründete es in seinem Gastvortrag so: „Ich sehe für die Zeit nach 2009 keine politische Mehrheit mehr für die allgemeine

Wehrpflicht.“ Selbst im konservativen Lager gebe es inzwischen vor allem an der Basis zu viele Vorbehalte. Dabei sei die Wehrpflicht Garant für die hohe Qualität der Truppe. Kirsch: „40 Prozent unserer Soldaten erhalten wir über die Wehrpflicht. Wenn sie fällt, wird der Bundeswehr ein Bein abgeschlagen. Es ist unsere Aufgabe, die daraus entstehenden Konsequenzen aufzuzeigen.“

Keinen Zweifel an den steigenden Herausforderungen der Bundeswehr ließ Generalleutnant Jan Oerding, der als „Befehlshaber Kommando Operative Führung Eingreifkräfte“ in Ulm stationiert ist. In seinem Vortrag konstatierte der Dreisterne-General ein „freundliches Desinteresse des Bürgers“.

# Teilnehmer am 13. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress

Amt/Aufgabe	Dienstgrad	Vorname	Name	Ort
Vors RK Bruchsal	Hptm d.R.	Rolf	App	Bruchsal
KdrLKdo Baden-Württemberg	Oberst	Franz	Arnold	Stuttgart
BeauftrRes Volksbund	OStFw d.R.	Georg	Arnold	Scheer
	LtdWissDir a.D.	Eberhard	Bachmann	Mannheim
	Oberstlt d.R.	Klaus	Balkheimer	Ulm
StvVors RK Konstanz	Fähnrl d.R.	Jörg	Bambusch	Konstanz
StvVors BezGrp Südbaden	Hptm d.R.	Rolf	Baron	Offenburg
	OStFw d.R.	Rudi	Baumgartner	Meßstetten
Vors RK ResMusZg BO	HptGefr d.R.	Erwin	Baur	Neukirch
	OFw d.R.	Helmut	Beck	Böblingen
	OLt d.R.	Dr. Alfred	Bittner	Rottenburg a.N.
1. Stv Landesvorsitzender	StFw d.R.	Hans-Jürgen	Blümlein	Tettngang
Stv Landesvorsitzender	Oberstlt d.R.	Ralf Alexander	Bodamer	Essingen
Vorsteher Finanzamt Ludwigshafen	Oberst d.R.	Dr. Hans-Hermann	Bowitz	Ludwigshafen
StvVors KrsGrp MN	StUffz d.R.	Mathias	Bräuning	Stuttgart
StvVors KrsGrp MO	StFw d.R.	Klaus	Brenner	Linkenheim-Hochstetten
KrsKassenwart KrsGrp OAD	StUffz d.R.	Georg	Brenner	Aalen
Landesschriftführer	HptFw d.R.	Johann Michael	Bruhn	Freudental
	Oberst d.R.	Hans Georg	Buckermann	Trossingen
StvVors BezGrp Nordwürttemberg	Oberstlt d.R.	Michael	Burkhardt	Obersontheim
US-Verbindungsamt Baden-Württ.	Colonel (R)	Dr. Stephen T.	Cochrane	Stuttgart
BeaSiPol KrsGrp Ostwürttemberg	OFw d.R.	Bernd	Cunitz	Aalen
Landesrevisor	Hptm d.R.	Ottmar	Dauven	Grafenau
Angestellte		Gisela	De Gori	Sigmaringen
Vors KrsGrp Ostwürtt.-Alb-Donau	HptFw d.R.	Frank	Deinhart	Oberkochen
	OFw d.R.	Manfred	Dengler	Heidelberg
Vors RK Rastatt	OFw d.R.	Philipp	Degler	Rastatt
Revisor KrsGrp MNS	StFw d.R.	Jürgen	Diercks	Baltmannsweiler
	StBtsm d.R.	Günter	Dollenmaier	Ludwigsburg
Stv KrsVors JU		Jan	Döring	Sigmaringen-Laiz
Vizepräsident	Oberstlt d.R.	Burkhardt	Ehrlich	Müllheim
StvVors BezGrp Südwürtt.-Hohenz.	HptFw d.R.	Joachim	Ems	Tübingen
Stadtrat Karlsruhe		Andreas	Erlecke	Karlsruhe
Vors BezGrp Südbaden	Maj d.R.	Joachim	Fallert	Bühl
Vors RK Wackerer Schwabe	StFw d.R.	Karl-Heinz	Faure	Schwendi
Professor	Oberstlt	Erwin Ritter von	Fitz	Bregenz
Redakteur für Politik FAZ		Klaus-Dieter	Frankenberger	Frankfurt a.M.
	OberstVet d.R.	Hugo TH	Fürst	Tettngang
RK Bietigheim-Bissingen	OGefr d.R.	Martin	Gabriel	Sachsenheim
StvVors BezGrp Nordbaden	OFw d.R.	Rüdiger	Gall	Spielberg
Landrat Sigmaringen	Maj d.R.	Dirk	Gaerte	Sigmaringendorf
	Hptm d.R.	Karl G.	Gesell	Stuttgart
Stv Vors RK Walldorf	OGefr d.R.	Daniel	Giese	Ketsch
	OBtsm d.R.	Wolfgang	Glueck	Stuttgart
	Oberstlt a.D.d.R.	Franz	Gnan	Freiburg
Stv Landesvorsitzender Bayern	Oberstlt d.R.	Dr. Eberhard	Grein	München
RK Ubstadt	Oberstlt d.R.	Dr. Waldis	Greiselis	Ubstadt-Weiher
Sektionsleiter Stuttgart GfW	Oberstlt d.R.	Jochen	Griesinger	Stuttgart
		Irmela	Griesinger	Stuttgart
Leiter KWEA RV	RegDir	Matthias	Grießer	Ravensburg
	HptFw d.R.	Rainer	Grob	Ingersheim
Kreisorganisationsleiter	HptFw d.R.	Juergen	Hack	Buchen
Vors RK Reutlingen	Oberstlt d.R.	Udo	Haegle	Neckartenzlingen
Vors RK Oberer Linzgau	Uffz d.R.	Josef	Haug	Owingen/Hohenbodmann

	Oberstlt d.R.	Lothar	Heidenreich	Waldbronn
	StAp	Dr. Michael	Heindl	Sigmaringen
KVK Böblingen	Maj d.R.	Jochen	Helbig	Holzgerlingen
StvVors KrsGrp Mittlerer Neckar	OStFw d.R.	Dieter	Helm	Kernen
Sektionsleiter Bodensee-Obers. GfW	Maj d.R.	Georg	Hepperle	Friedrichshafen
StvVors KrsGrp Ostwürtt.-Alb-Donau	OFw d.R.	Gerd	Höflacher	Aalen
StvKdr 10.PzDiv Sigmaringen	BrigGen	Manfred	Hofmeyer	Sigmaringen
Sektionsleiter Karlsruhe GfW	Oberstlt d.R.	Rudolf	Horsch	Gaggenau
Landesbeauftragter Schießsport	Hptm d.R.	Walter	Hoss	Wolfschlugen
SchrFhr RAG Schießsport MNS	Oberstlt d.R.	Karl-Friedrich	Hotz	Stuttgart
Ehrenlandesvorsitzender	Oberst d.R.	Dr. Ing. Roland	Idler	Backnang
Ltd. Regierungsdirektorin KWEA		Sylvia	Jahnz	Karlsruhe
	HptFw d.R.	Johannes	Jelonneck	Bietigheim-Bissingen
SchrFhr BezGrp Nordwürttemberg	HptFw d.R.	Peter	Jodat	Gingen
SchrFhr KrsGrp Hochrhein	HptGefr d.R.	Alexander	Kalio	Denzlingen
Vors KrsGrp Franken Gerchsheim	Fw d.R.	Anton	Keller	Großbrinderfeld-
Vors KrsGrp MN	Oberstlt d.R.	Bernhard	Kempf	Filderstadt
Stv Bundesvorsitzender DBwV	Oberstlt	Ulrich	Kirsch	Berlin
	Maj	Thierry	Klein	Soultz les bains
RK Walldorf	Oberstlt d.R.	Rudolf W	Klemme	Neckarbischofsheim
Kreisorganisationsleiter Ellwangen	HptFw d.R.	Holger	Klöpfer	Ellwangen
Vors RK Aalen	HptGefr d.R.	Lothar	Klöpfer	Aalen
Stv Revisor KrsGrp Südl.-Oberrhein	StFw d.R.	Rolf Dieter	Kobes	Renchen
Bea SiPol KrsGrp Franken	Oberst d.R.	Gerhard	Kohout	Wertheim
Landesvorsitzender GfW	BrigGen a.D.	Wolfgang	Kopp	Sigmaringen
Sektionsleiter Taubertal GfW	Oberstlt a.D.	Wolfgang	Krayer	Tauberbischofsheim
Vors RK Kirnau	OStArzt d.R.	Dr. Claus	Kuhn	Osterburken
Landesschiedsgericht	Oberstlt d.R.	Norbert	Lämmerzahl	Göppingen
RK Nördl. Breisgau	OFw d.R.	Werner	Lang	Rust
Vors RK Ludwigsburg	OStFw d.R.	Siegfried	Lauster	Ludwigsburg
	Oberstlt d.R.	Reinhard	Laux	Eislingen
	Gefr	Egon	Link	Bischofszell
	Oberstlt d.R.	Arne	Lücking	Stuttgart
Landesgeschäftsführer Volksbund		Dr. Martin	Lunitz	Konstanz
BeaFMF KrsGrp Hochrh.	HptFw d.R.	Werner	Lust	Rheinfelden
Sektionsleiter Ulm GfW	Oberstlt a.D.	Gert	Mack	Ulm
	OFw d.R.	Karl Eugen	Mannheim	Tübingen
	Oberst i.G.	Peter	Marcandella	Schaffhausen
StvBezVors Südwürtt.-Hohenz.	HptGefr d.R.	Karl	Maucher	Maselheim
Kreisorganisationsleiter	HptFw d.R.	Franz	Max	Freiburg
RK Rheinfelden	HptFw d.R.	Hans-Joachim	Meier	Efringen-Kirchen
Vors RK Steinachtal	Oberstlt d.R.	Wilfried	Meissner	Heiligkreuzsteinach
Vors RK Graben	HptFw d.R.	Gerhard	Menger	Stutensee
Vors RK Fronhofen	StFw d.R.	Konrad	Meschenmoser	Fronreute
Landesschatzmeister	StFw d.R.	Juergen	Mezger	Langenargen
	Oberstlt d.R.	Hans Georg	Minia	Ravensburg
	OGefr d.R.	Manfred	Möhrle	Herdwangen-Schönach
Vors RK Esslingen	OFw d.R.	Hans-Juergen	Mommendey	Deizisau
Landesrevisor	Oberstlt d.R.	Peter	Münc	Ehingen
Vors RK Markgröningen	StFw d.R.	Hans Georg	Noß	Sachsenheim
Kreisrevisor Südl.Oberrhein	Uffz d.R.	Bernd	Notheis	Offenburg
BefhKdoOpFu Eingreifkräfte	GenLt	Jan	Oerding	Ulm
	Oberstlt d.R.	Michael	Oerter	Heiligenberg
Präsident Clausewitzgesellschaft	GenLt a.D.	Dr. Klaus	Olshausen	Meckenheim
RK Weil am Rhein		Joachim	Pauls	Lörrach
	Colonel(R)	Jean-Francois	Peltier	Renchen

	Hptm a.D.	Dietmar	Podkowik	Maselheim
Revisor BezGrp Nordwürttemberg	Oberstlt d.R.	Wolfgang	Prade	Böbingen
	StFw a.R.	Dieter	Püschel	Ludwigshafen
	HptFw d.R.	Horst	Rapp	Remseck
RK Lauptershausen	Oberstlt a.D.	Raimund	Rasch	Geislingen
	Maj d.R.	Jürgen	Reeb	Sinnsheim
Vors RK Stuttgart	Lt d.R.	Robert	Reisch	Stuttgart
	Oberstlt d.R.	Peter	Restel	Edingen-Neckarhausen
		Georg K.	Reszcynski	Schwaikheim
Vors RK Tübingen	Flg d.R.	Heinz Joachim	Ristau	Tübingen
Vors BezGrp Nordwürttemberg	Oberstlt d.R.	Lothar	Roduch	Heubach
RK Bietigheim-Bissingen	OGefr d.R.	Josef	Rohr	Bietigheim-Bissingen
Vors RK Eschach	OStFw d.R.	Toni	Romer	Grünkraut
Kassenwart BezGrp Südwürtt.-Hohenz.	Oberstlt d.R.	Harry-Rolf	Ropertz	Stetten
	Gefr d.R.	Günther	Schanz	Kornwestheim
	Uffz d.R.	Richard	Schanz	Kornwestheim
Ehrenlandesvorsitzender Volksbund	Präsident a.D.	Norbert	Schelleis	Lahnstein
	LWissDir a.D.	Dr. Gerhart	Scheuer, MdL a.D.	Schriesheim
Kreisorganisationsleiter Stetten	Oberstlt d.R.	Werner	Schick	Stetten a.k.M.
Sektionsleiter Sigmaringen GfW	Oberstlt d.R.	Bernhard	Schleyer	Sigmaringen
	Oberstlt d.R.	Jörg	Schlosser	Neckartenzlingen
	Oberst d.R.	Egon	Schmieder	Hilzingen
StvVors BezGrp Südbaden	OStFw d.R.	Richard	Schmieder	Herbolzheim
StvVors RK Steinachtal	OFw d.R.	Othmar	Schmitt	Schönau
StvVors KrsGrp Rhein-Neckar	OLt d.R.	Jürgen	Schnabel	Walldorf
	Fw d.R.	Daniel	Schneider	Freiburg
	Maj d.R.	Harald	Schneider	Schriesheim
StvVors RK Überlingen	OFw d.R.	Gerhard	Schrader	Überlingen
RK Konstanz	StBtsm d.R.	Jürgen	Schreiber	Konstanz
RK Konstanz	Oberstlt d.R.	Thorsten	Schröder	Konstanz
	Hptm d.R.	Dr. Sven	Schultheiß	Großrinderfeld-
Gerchsheim				
	Colonel (R)	Robert	Schweickart	Strasbourg-O'hausbergen
	Oberstlt d.R.	Benno	Schweinbenz	Wangen
Sektionsleiter Heidelberg GfW	Oberst a.D.	Lutz - Herbert	Seidel	Nußloch
StvVors KrsGrp Südl.Oberrh.	HptGefr d.R.	Thorsten	Seiler	Renchen
	Wachtmeister	Werner	Siegfried	Halden
Landesvorsitzender	Oberstlt d.R.	Michael	Sihler	Boxberg
Kreisorganisationsleiter Karlsruhe	StFw d.R.	Klaus J.	Silvery	Karlsruhe
RK Turmberg	OGefr d.R.	Richard	Soine	Waldbronn
Vors KrsGrp Neckar-Alb	StFw d.R.	Joerg	Sorge	Münsingen-Breithülen
StvVors KrsGrp OWü-DI	OFw d.R.	Rudolf	Spohn	Ulm
	Flottillenarzt d.R.	Johannes	Stadler	Tuttlingen
Landesvorsitzender DBwV	StFw	Gerhard	Stärk	Pfullendorf
Abt. Präsident a.D.	Oberst d.R.	Bernhard	Steimle	Ravensburg
RK Tettngang	StUffz d.R.	Joachim	Steinhauer	Tettngang
	Oberstlt d.R.	Michael	Sterk	Weingarten
Bea SiPol RNO	StUffz d.R.	Ernst	Straub	Obrigheim
Vors RK Heilbronn	Hptm d.R.	Jürgen	Streit	Heilbronn
StvVors KrsGrp MO	HptFw d.R.	Wilhelm	Stumpf	Ettlingenweiler
StvVors KrsGrp RNO	Oberstlt d.R.m MdL a.D.	Gerd	Tessmer	Binau
SchrFhr KrsGrp MO	OFw d.R.	Ludwig	Theis	Karlsruhe
Bea SiPol KrsGrp NA	Maj d.R.	Claus Juergen	Tscharntke	Albstadt
	Angestellte	Karin	Vieczenz	Sigmaringen
	Oberst i Gst	Martin	Vögeli	Schaffhausen
StvVors RK Herrenberg	HptGefr d.R.	Frank	Wachmer	Wildberg
Vors RK Bad-Cannstatt	Maj d.R.	Markus	Wagner	Stuttgart

Stv Sektionsleiter Ulm GfW	Oberstlt d.R.	Claus	Walz	Elchingen
StvVors RK Turmberg	OGefr d.R.	Alexander	Wickersheim	Karlsruhe
Vors RK Turmberg	OStFw d.R.	Rolf	Wickersheim	Karlsruhe
Bea Medientechnik	Lt d.R.	Thorsten	Widmer	Langenenslingen
Vors RK Sigmaringen	StFw d.R.	Herbert	Widmer	Sigmaringen
	Maj d.R.	Willibert	Wilkens	Meißenheim
Landesorganisationsleiter	Oberstlt d.R.	Siegfried	Wittig	Sigmaringen
Vors RK Stuttgart-Vaihingen	HptGefr d.R.	Hans-Ruediger	Wolff	Stuttgart
	StFw d.R.	Jürgen Dieter	Wollin	Kenzingen
StvLVors und LBea SiPol	Maj d.R.	Karlheinz	Würz	Schriesheim
StvVors RK Kirchheim u.T.	Oberstlt d.R.	Dankmar	Zeumer	Wernau/Neckar
	HptFw d.R.	Gerhard	Zimmermann	Heidelberg
	OGefr d.R. UA	Karl	Zweig	Horb

Nicht aufgeführt sind Personen, welche als Begleiter einer der oben angeführten Personen angemeldet, aber namentlich nicht oder unvollständig erfasst wurden ("... mit Frau" oder "Fahrer des ...").



Oberst d.R. Dr. Hans-Hermann Bowitz mit einem Beitrag zur Diskussionsrunde; im Vordergrund die Bezirksvorsitzenden Oberstlt d.R. Lothar Roduch (l.) und Maj d.R. Joachim Fallert (r.)



Lächeln für das Erinnerungsfoto (v.l.): Fotograf StBtsm d.R. Jürgen Schreiber lichtet Oberst d.R. Dr. Roland Idler, Oberstlt d.R. Harry-Rolf Ropertz, OStFw d.R. Rudi Baumgartner und StFw d.R. Herbert Widmer ab



Generalsgeleit bei schwerwiegendem Transport: Brigadegeneral a.D. Wolfgang Kopp (l.) sorgt sich um das Referentengeschenk von Klaus-Dieter Frankenberger von der FAZ



Verbindung halten: Der Sigmaringer Landrat Maj d.R. Dirk Gaerte übergibt dem Landesvorsitzenden Oberstlt d.R. Michael Sihler seine Visitenkarte

# Helfen Sie mit Werben Sie ein Mitglied für den Reservistenverband

Geschäftsstelle Stuttgart  
Nürnberger Straße 184  
70374 Stuttgart  
0711/5284613  
0711/524562  
geschst\_stuttgart@vdrbw.de

Geschäftsstelle Ellwangen  
Reinhardt-Kaserne  
73479 Ellwangen  
07961/7481  
07961/7694  
geschst\_ellwangen@vdrbw.de

Geschäftsstelle Walldürn  
Nibelungen-Kaserne  
Dr.-August-Stumpf-Straße 33  
74731 Walldürn  
06282 / 925 925  
06282 / 925 942  
geschst\_wallduern@vdrbw.de

Geschäftsstelle Karlsruhe  
Rintheimer Querallee 11  
76131 Karlsruhe  
0721/606572  
0721/6649297  
geschst\_karlsruhe@vdrbw.de

Geschäftsstelle Mannheim  
Badener Platz 4  
68239 Mannheim  
0621/472446  
0621/4817585  
geschst\_mannheim@vdrbw.de

Geschäftsstelle Mosbach  
Renz-Straße 1  
74821 Mosbach  
06261/18581  
06261/4402  
geschst\_mosbach@vdrbw.de

Geschäftsstelle Freiburg  
Stefan-Meier-Str. 72a  
79104 Freiburg  
0761/36602  
0761/36727  
geschst\_freiburg@vdrbw.de

Geschäftsstelle Immendingen  
Am Bildstöckle 3  
78194 Immendingen  
07462/6538  
07462/924023  
geschst\_immendingen@vdrbw.de

Geschäftsstelle Stetten  
Lager Heuberg  
Gebäude 152  
72510 Stetten a. K. M.  
07573/958106  
07573/958239  
geschst\_stetten@vdrbw.de

Geschäftsstelle Ulm  
Postfach 2540  
89015 Ulm  
0731/32939  
0731/32952  
geschst\_ulm@vdrbw.de

Geschäftsstelle Pfullendorf  
Generaloberst v.Fritsch-Kaserne  
88630 Pfullendorf  
07552/409156  
07552/409157  
geschst\_pfullendorf@vdrbw.de

Reservistenverband  
Landesgruppe Baden-Württemberg

# Der 15. Internationale Sicherheitspolitische Kongress

findet  
am 28./29.11.2008

wieder  
im Best Western Queens-Hotel  
in Karlsruhe  
statt

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.  
Landesgeschäftsstelle Baden-Württemberg  
Graf-Stauffenberg-Kaserne  
72483 Sigmaringen  
Tel.: 07571/681263  
Fax: 07571/681256  
E-Mail: Landesgeschst\_baden-wuerttemberg@vdrbw.de